

ER hält alles – Der Profi fährt mit Gurt.

**Polizei NRW –
Gurtkampagne mit Manuel Neuer**

**IPOMEX 2009 –
Polizei präsentiert modernste
Technik auf Fachmesse in Münster**

**LKA NRW –
Spice – vom Räucherduft zur
In-Droge**

49 Jahrgang · Heft 3
Herausgeber: Innenministerium NRW
www.polizei.nrw.de



ER hält alles – Der Profi fährt mit Gurt.

POLIZEI
des Landes
Nordrhein-Westfalen



„Beim Spiel verlässt sich die Mannschaft auf ihren Torwart. Beim Autofahren verlasse ich mich auf den Gurt, denn: ER hält alles.“

Liebe Leserinnen und Leser,

keine Angst, es handelt sich bei dieser Zeitung nicht um die neueste Ausgabe des „Kicker“ oder der „11 Freunde“. Es ist immer noch die Streife. Allerdings ist es auch kein Zufall, dass ausgerechnet Manuel Neuer, der Torhüter der U21-Nationalmannschaft und von Schalke 04, auf der Titelseite strahlt. Manuel Neuer unterstützt unsere neue Gurtkampagne „ER hält alles – Der Profi fährt mit Gurt“.

Wir denken, dass ein Torhüter gut zu einer Gurtkampagne passt. Er hält den Ball und der Gurt hält den Menschen. Außerdem wollen wir über den Sport möglichst viele Autofahrer und Lkw-Fahrer in Nordrhein-Westfalen ansprechen und sie davon überzeugen, sich anzuschallen.

Der 22-jährige Manuel Neuer hatte sich spontan dazu bereit erklärt, die Aktion ehrenamtlich zu unterstützen. Vielleicht, weil er selbst schon als kleines Kind gelernt hat, dass ohne Gurt nichts geht. Sein Vater war nämlich Polizeibeamter in Gelsenkirchen und das hat den Fußballer nachhaltig geprägt. Nun erscheint sein Gesicht auf 200.000 Flyern und 4.000 Plakaten, die in ganz Nordrhein-Westfalen verteilt werden. Bei einer Pressekonferenz auf Schalke stellte Manuel Neuer zusammen mit der Polizei die Aktion den Medien vor. Im Heft können Sie mehr dazu lesen. Das Thema Gurt wird uns das gesamte Jahr über beschäftigen.

In dieser Ausgabe der Streife geht es aber auch noch um Spice – vom Räucherduft zur In-Droge, um „neue Demonstranten“ oder auch um die Antwort auf die Frage, warum die Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen besonders freundlich sind. Viel Freude beim Lesen.

Ihr Ralf Hövelmann

Redaktion „Streife“

Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: streife@im.nrw.de

www.streife-online.nrw.de

Das Titelfoto zeigt den U-21 Nationaltorhüter und Vereinstorhüter von Schalke 04 Manuel Neuer.

Foto: Firosportfoto

Manuel Neuer – das Gesicht auf Flyern und Plakaten	4
Verkehrsunfallstatistik 2008	6
Verkehrsgerichtstag 2009	8
Rebel Clown Army will Polizei lächerlich machen	12



Tag der Eigensicherung beim PP Krefeld	16
LAFP-Fortbildungseminar Modul 2 ET 24 für Führungskräfte	18
15 Jahre Betreuungsteam NRW	20



„Spice“ – vom Räucherduft zur In-Droge	22
LKA – die „Schwedische Initiative“	24
IPOMEX 2009 – modernste Technik auf dem Stand der Polizei	28



„Black Boxes“ – Neue Methoden der Beweisführung – Digitale Spuren in Kraftfahrzeugen	34
Rätsel/Vorschau	42/43

Fotos: Jochen Tack, Jan Potente, Yavuz Arslan, Andre Kloß



Manuel Neuer – das Flyern und Plakaten

U21-Nationaltorhüter unterstützt G



Manuel Neuer ist zwar Torhüter auf Schalke, will aber auch die Fans anderer Fußballvereine dazu bewegen, sich anzuschnallen. Deshalb unterstützt der U21-Nationaltorhüter die neue Gurtkampagne der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Seine Voraussetzungen sind ideal: Der Vater war Polizist in Gelsenkirchen und Neuer hat als Torwart selbst viel mit dem „Halten“ zu tun. Im Spiel hält er den Ball, im Auto hält der Gurt ihn. Auf einer Pressekonferenz „Auf Schalke“ stellte Europas

besten Torhüter 2008 zusammen mit Innenminister Dr. Ingo Wolf die neuen Flyer und Plakate für die Jahreskampagne vor. „Ich trage immer Gurt“, sagte der 22-jährige Manuel Neuer vor zahlreichen Journalisten.

Gesicht auf

Gurtkampagne



Alleine bei den landesweiten Kontrollen Mitte Februar stellte die Polizei 23.316 Gurtverstöße fest. Im vergangenen Jahr waren es rund 460.000. Das zeigt den immer noch großen Handlungsbedarf, der bei diesem Thema besteht. Die An-

schnallquote liegt zwar bei über 90 Prozent, aber ein hartnäckiger Rest der Auto- und LKW-Fahrer scheint sich nicht so leicht überzeugen zu lassen. Dabei hätte der Gurt im vergangenen Jahr bei Unfällen 72 Menschen das Leben retten können. Das ist jedes fünfte Unfall-opfer im Auto. Meist sind es die kurzen Strecken in der Stadt, auf denen der Sicherheitsgurt weggelassen wird. Meist sind es aber auch eben diese Strecken, auf denen die tödlichen Unfälle passieren. Manuel Neuer hatte sich spontan dazu bereit erklärt, die neue Gurtkampagne ehrenamtlich zu unterstützen. Das Gleiche hat die kleine Jana getan. Als Tochter einer Kollegin aus Aachen zeigt sie in dem neuen Flyer, wie Kinder im Auto richtig gesichert werden. Jeder dritte Kindersitz wird nämlich falsch genutzt und seine schützende Wirkung damit aufgehoben. Kinder sind ein spezielles Thema, mit dem sich die neue Kampagne beschäftigt. Genauso wie LKW-Fahrer. Hierzu gibt es im Laufe des Jahres verschiedene Aktionen in den Kreispolizeibehörden von Nordrhein-Westfalen. Außerdem finden im Mai und im August wieder landesweite Gurtkontrollen statt. Der neue Flyer mit dem Gesicht von Manuel Neuer wird bei all dem dabei sein und an möglichst viele Fahrer verteilt werden.

Marion Henkel, IM



Gurtkontrollen im Stadtgebiet Gelsenkirchen.

Fotos: Jan Potente und Andre Kloß

Zahl der Verkehrstoten so

Verkehrsunfallstatistik 2008



18 Kinder starben
2008 bei einem
Verkehrsunfall. Daher
ist es das erklärte Ziel
der Polizei, die
schwächsten Verkehrs-
teilnehmer wirksamer
zu schützen.
Foto: Jan Potente

Die Zahl der Verkehrstoten in Nordrhein-Westfalen war im vergangenen Jahr so niedrig wie nie zuvor. Dies geht aus der Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2008 hervor.

Im Vergleich zu 2007 sind 45 Menschen weniger, nämlich 687, bei Verkehrsunfällen ums Leben gekommen und das, obwohl die Anzahl der gemeldeten Kraftfahrzeuge weiter angestiegen ist (rund 11,6 Mio. Kfz-Zulassungen). Damit ist Nordrhein-Westfalen, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, bundesweit das Flächenland mit den wenigsten Verkehrstoten. Gerade im Langzeitvergleich ist dieses Ergebnis erfreulich:

1964, dem Jahr mit den meisten Verkehrstoten in Nordrhein-Westfalen, kamen täglich 13 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben – 2008 waren es weniger als zwei. Insgesamt gab es ebenfalls weniger Unfälle und weniger Verletzte auf unseren Straßen. 79.757 Menschen wurden bei Verkehrsunfällen verletzt. Dies sind rund 5.000 weniger als 2007. Auch die registrierten Verkehrsunfälle sanken noch einmal um 13.894 Fälle. Dies liegt auch an der besseren technischen Ausstattung der Fahrzeuge, wie dem Sicherheitsgurt, dem Airbag und dem Anti-Blockier-System.

Positive Entwicklung bei Motorradfahrern und jungen Verkehrsteilnehmern

Die 2007 angelaufene Motorradkampagne gegen riskantes Fahren zeigt offensichtlich Wirkung und sorgt für einen Rückgang der Verletztenzahlen von 4.896 auf 4.320. 102 Biker wurden bei einem Verkehrsunfall getötet, 23 weniger als im Vorjahr. Häufigste Unfallursache hier bleibt nach wie vor zu schnelles Fahren, gefolgt von zu geringem Abstand und riskanten Überholmanövern. Im vergangenen Jahr waren so wenige Kinder wie nie zuvor seit

niedrig wie noch nie

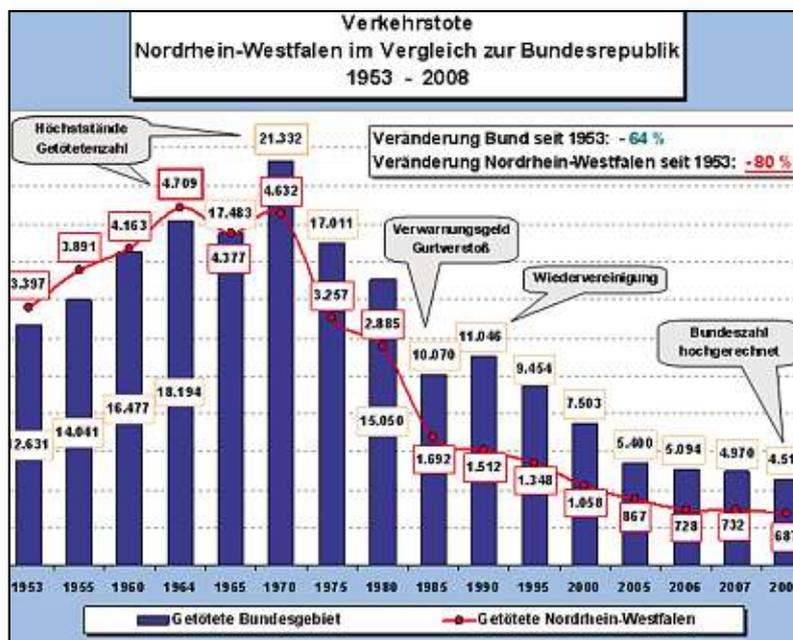
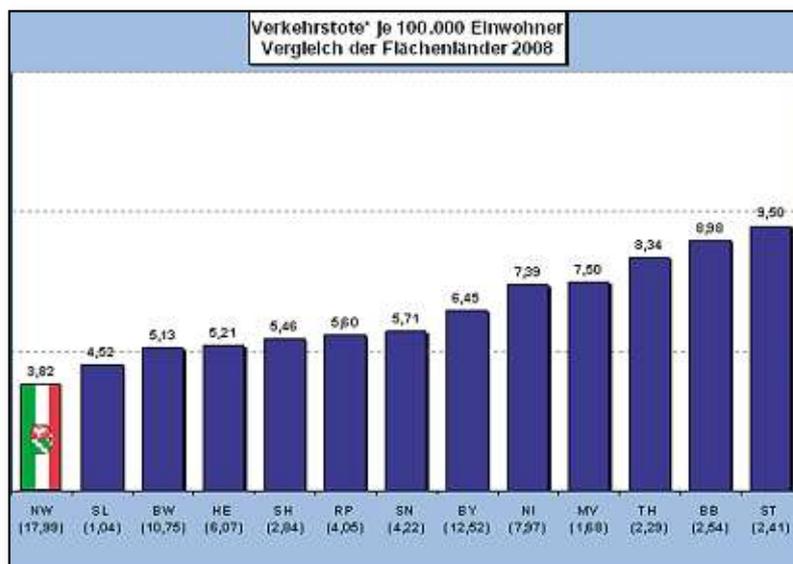
Einführung der Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 von einem Verkehrsunfall betroffen. Während 1970 noch 652 Kinder bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen, starben im vergangenen Jahr 18 Kinder. Auch bei den rund 77.000 Jugendlichen, die das Angebot des begleiteten Fahrens mit 17 nutzen, sank die Anzahl der verschuldeten Verkehrsunfälle nochmals von 56 auf 23. Die Verletztetenzahl in der Gruppe der 18- bis 24-jährigen Fahrer ging um 980 auf 14.081 zurück.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2008 fünf Menschen mehr bei Verkehrsunfällen mit Lkw getötet, auch wenn insgesamt gesehen die Zahl der Unfälle, ebenso wie die Gesamtzahl der Verletzten, leicht gesunken ist.

Auch bei den Fahrradfahrern starben leider im vergangenen Jahr acht Menschen mehr als im Vorjahr. 2007 kamen 74 Fahrradfahrer im Straßenverkehr ums Leben. Bei den Fußgängern gab es ebenfalls einen leichten Rückgang von 17 auf 123 Verkehrstote.

Relativ gesehen

Jeder fünfte Einwohner Nordrhein-Westfalens gehört mittlerweile zur Altersgruppe 65+. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe wächst seit Jahren und somit auch die Anzahl der Verkehrsteilnehmer aus dieser Gruppe. Im vergangenen Jahr kamen 188 Senioren im Straßenverkehr ums Leben. Das sind zwar vier Menschen mehr als 2007 – im Verlauf der letzten fünf Jahre sank die



Zahl jedoch um 10 Prozent und um 80 Prozent seit 1970.

Die aktuelle Verkehrsunfallstatistik bestätigt den Erfolg der polizeilichen Arbeit, die ihren Schwerpunkt auf die Ursachenbekämpfung von folgenschweren Verkehrsunfällen legt. Maßnahmen wie die aktuelle Gurt-

kampagne „ER hält alles – Der Profi fährt mit Gurt“ werden dabei helfen, auch in Zukunft die Straßen in Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen, um die Zahl der Verletzten und Verkehrstoten weiter zu reduzieren.

Wolfgang Beus, IM

Section Control soll Raser effektiver kontrollieren

Verkehrsgerichtstag mit interessanten



Effektivere Kontrollen gegen Raser gefordert
(Foto: Assfinag)

Der Verkehrsgerichtstag hat sich seit 1963 zu einer festen Institution in der deutschen Verkehrspolitik entwickelt. In diesem Jahr kamen dort 1.600 Experten zusammen – darunter auch Vertreter der Polizei Nordrhein-Westfalen. Sie haben sich unter anderem mit dem Thema Section Control beschäftigt.

Section Control ist der englische Begriff für Abschnittskontrolle. Es

handelt sich dabei um ein neuartiges System, um die Geschwindigkeit von Fahrzeugen auf einer festgelegten Strecke zu überwachen. Dabei wird das Tempo nicht an einem bestimmten Punkt gemessen wie zum Beispiel bei den Lasermessgeräten in Nordrhein-Westfalen, sondern die Durchschnittsgeschwindigkeit auf dem jeweiligen Abschnitt. Dazu erfasst das System ein Fahrzeug am Beginn und am Ende einer festge-

legten Strecke – und zwar vollautomatisch. Die Erfahrungen aus Österreich, Großbritannien und den Niederlanden zeigen, dass Section Control durchaus wirksam die Verkehrssicherheit auf Unfallhäufungsstrecken erhöhen kann.

Die Datenerfassung, die damit einhergeht, ist allerdings nicht unumstritten. Denn: Auch Verkehrsteilnehmer, die sich an das Tempolimit halten, werden beim Einfahren in die

aser ren Themen

Strecke zunächst einmal erfasst. Die entsprechende Arbeitsgruppe beim Verkehrsgerichtstag hat sich für eine Erprobung des Systems auch in Deutschland ausgesprochen. Eine eingehende rechtliche Prüfung müsste dem allerdings vorausgehen.

Richtervorbehalt bei Blutproben

Eine weitere Arbeitsgruppe hat sich mit dem Thema Blutprobe und Atemalkoholmessungen beschäftigt. In erster Linie ging es um den Richtervorbehalt bei der Anordnung von Blutproben und um die dazugehörigen Richtlinien des Bundesverfassungsgerichts. Im Ergebnis sprachen sich die Verkehrsexperten für einen Wegfall des Richtervorbehaltes bei Verkehrsstraftaten aus. Das Bestreben, den Beweiswert der Atemalkoholmessung auch auf Straftaten nach § 316 StGB auszudehnen, wurde kontrovers diskutiert. Letztendlich lehnte der Arbeitskreis die Atemalkoholmessung zur Feststellung der absoluten Fahruntüchtigkeit ab.

EU-Führerschein und Senioren

Auch die Übernahme einer EU-Führerscheinrichtlinie, die die Laufzeit von Führerscheinen beschränken



Radfahrer sind sich der Gefahren häufig nicht bewusst.
(Foto: DEVK/ww-press)

soll, wurde abgelehnt. Die Richtlinie schafft eine Möglichkeit zur Prüfung der Fahrfähigkeit, insbesondere bei älteren Kraftfahrern. Das Alter kann hier aber nicht die einzige Messgröße sein, denn es gilt, auch sonstige (negative) Auffälligkeiten bei der Verkehrsteilnahme zu berücksichtigen. Da es keinen empirisch gesicherten Zusammenhang zwischen Alter, Gesundheitszustand und Unfallhäufigkeit gibt, wurde der Führerschein auf Zeit für ältere Autofahrer abgelehnt.

Helm für Radfahrer

Neben Senioren ging es auch um Radfahrer. Der Trend zum Radfahren

steigt in Deutschland weiter an. Auch der Anteil der getöteten Radfahrer nimmt weiter zu. Dies rückt Radfahrer immer mehr in den Fokus der Polizei und auch der Verkehrsexperten in Goslar. Eine Hauptunfallursache ist das Fahren entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung. Radfahrer sind sich dieser Gefahr nicht ausreichend bewusst. Daher empfiehlt der Verkehrsgerichtstag, dass sich die Verkehrserziehung von der Radfahrprüfung bis in die Fahrschul Ausbildung erstrecken muss. Sowohl das Tragen eines Helms als auch der Abschluss einer Haftpflichtversicherung werden empfohlen.

Peter Schlanstein, FHÖV



Regelmäßige Eignungstests für Senioren? (Foto: DVR)



Überdurchschnittlich höflich und korrekt

Allensbachstudie bestätigt Polizei besonders in Nordrhein-Westfalen

Eine Studie des renommierten Instituts für Demoskopie Allensbach mit dem Thema „Die Polizei – Fast immer höflich und korrekt“ hat ein für die Polizei bundesweit positives Bild zu Tage gefördert. Erfreulich hierbei ist besonders die Benotung der Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen: „Überdurchschnittlich höflich und korrekt.“

Insgesamt 1.773 Personen ab 16 Jahren wurden vom Allensbach Institut zu ihren Erfahrungen mit der Polizei befragt. 299 der Befragten, also rund 17 %, kamen aus Nordrhein-Westfalen.

Die Fragen lauteten:

„Ist es in den letzten zwei, drei Jahren mal vorgekommen, dass Sie sich an die Polizei gewandt haben, um

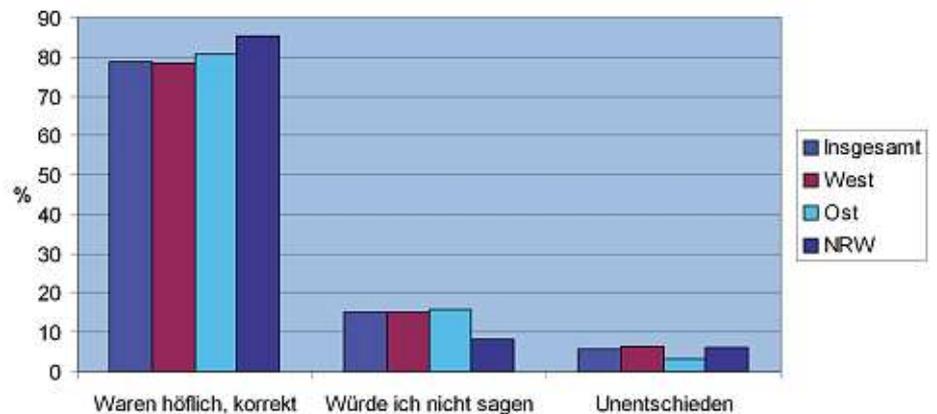
irgendetwas zu melden, oder um eine Auskunft von der Polizei zu bekommen?“

Hierzu gaben insgesamt 38 % an, sie hätten sich schon einmal an die Polizei gewandt.

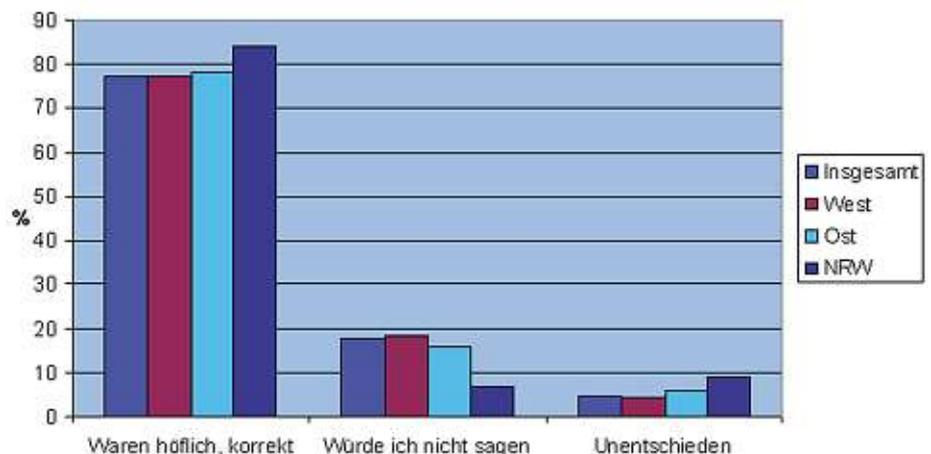
„Ist es in den letzten zwei, drei Jahren mal vorgekommen, dass Sie von der Polizei angehalten und kontrolliert wurden, oder, dass Sie einen Unfall hatten, bei dem die Polizei gekommen ist?“

War die Polizei höflich und korrekt?

In den letzten zwei, drei Jahren selbst an die Polizei gewandt. Waren die Beamten höflich, korrekt?



In den letzten zwei, drei Jahren von der Polizei angehalten, kontrolliert oder Unfall gehabt, bei dem die Polizei gekommen ist. Waren die Beamten höflich, korrekt?



Insgesamt 36,3 % der Befragten antworteten, die Polizei sei aus einem der genannten Anlässe schon einmal auf sie zugekommen.

Nach Institutsangaben werden Männer öfter kontrolliert, da sie im Verkehr wegen aggressiverer Fahrweise, die die polizeiliche Aufmerksamkeit auf sie ziehe, eher Anlass dazu böten.

„Waren die Polizisten, mit denen Sie zu tun hatten, höflich und korrekt, oder würden Sie das nicht sagen?“ Diese Frage wurde von den Befragten, die Kontakt mit der Polizei hatten, mehrheitlich positiv beantwortet.

Deutlich zeigt sich, dass im bundesdeutschen Schnitt 78 % der Bürger das Verhalten der Polizistinnen und Polizisten als höflich und korrekt ein-

schätzten, unabhängig davon, ob sie sich selbst an die Polizei wandten oder kontrolliert wurden.

Die Tendenz für Nordrhein-Westfalen hebt sich mit über 84 % nochmals davon ab. Hier spiegelt

sich das professionelle Handeln der nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern wider.

Carsten Winterberg, IM

Diese Clowns sind nicht Rebel Clown Army will Polizei lächerlich machen



Clowns der Rebel
Clown Army an
einer Polizei-
absperung in der
Kölner Altstadt.
Foto: Yavuz Arslan

Bei Demonstrationen treten immer öfter als Clowns verkleidete Personen auf und suchen die Nähe zu Einsatzkräften der Polizei. Es sind keine lustigen Clowns aus dem Zirkus, sondern Mitglieder der so genannten Rebel Clown Army. Sie wollen mit ihren Aktionen die Polizeibeamten und den durch sie symbolisierten Staat lächerlich machen.

Für die Polizeibeamten stellen solche Einsätze eine besondere Herausforderung dar. Befinden sie sich doch in dem Dilemma, einerseits den unter Umständen physisch und

psychisch belastenden Aktionen der Clowns ausgesetzt zu sein und zugleich ad hoc zwischen zulässiger Gestaltungsfreiheit und Rechtsverstößen zu unterscheiden. Da zudem

ein Einschreiten gegen die friedlich und harmlos wirkenden Clowns immer das Interesse der Medien auf sich zieht, sind polizeiliche Maßnahmen in besonderem Maße vor dem Hintergrund ihres Wirkens in der Öffentlichkeit abzuwägen.

Gestaltungsformen

Das verbindende äußere Gestaltungsmerkmal der Clownaktivisten

lustig



ist ihr mit Schminke bemaltes Clowngesicht und die rote Clownsnase. Die übrige Aufmachung und Bekleidung ist zumeist individuell. Verbreitet tragen sie Teile militärischer Uniformen, auf denen entfremdende Aufsätze angebracht sind. Ergänzt wird dies in der Regel durch Kopfbedeckungen, wie Hut, Helm oder Clown-Perücke. Die Clowns, die entweder mit einigen wenigen Personen oder in Gruppen

von 15 bis 45 Personen auftreten, machen sich ihr positives und lustiges Erscheinungsbild zu Nutze, indem sie sich den die Staatsmacht verkörpernden Einsatzkräften gegenüberstellen und diese bereits hierdurch unwillkürlich martialisch wirken lassen.

Gesteigert wird dies um ein nahezu unerschöpfliches Repertoire an Gestaltungsformen, wie zum Beispiel der Distanzunterschreitung (Ankuscheln oder Anschmusen), Imitation, Anstarren oder dem „Abstauben“ von Polizeibeamten. Hier kommen dann auch die klassisch mitgeführten Utensilien, wie Staubwedel, Klobürsten, Wasserpistolen und ähnliche Gegenstände zum Einsatz.

Besonders problematisch sind solche Verhaltensweisen, bei denen – bewusst oder unbewusst – Anscheinseffekte geschaffen werden. Wie dem Bespritzen von Polizeibeamten mit Flüssigkeiten, der – angedeutete – Griff zur Dienstwaffe oder das Zulaufen auf eine Formation von Polizeibeamten, um sich unmittelbar vor diesen auf den Boden zu werfen. Allerdings sind in Deutschland bislang keine Fälle belegt, bei denen Clownaktivisten direkte physische Gewalt gegen Polizeibeamte ausgeübt haben.

Aktivisten der Clownarmee fertigen von ihren Aktionen Foto- und Filmaufnahmen, um vermeintliche Gewaltexzesse durch Polizeibeamte zu dokumentieren. Wiederholt wurden solche Bilddokumente in Veröffentlichungen der Szene, insbesondere im Internet, verwendet.

Ideologie

Die Aktivisten der Clownarmee sind ideologisch dem linken Spektrum zuzuordnen. Sie sehen sich selbst vor allem als Gegner einer aus ihrer Sicht ökologisch verfehlten und nicht nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Entsprechend engagierten sie sich bei dem Castortransport 2006 in Gorleben, der Sicherheitskonferenz 2007 in München und dem Weltwirtschaftsgipfel 2007 in Heiligendamm sowie ähnlichen Anlässen. Weitere Betätigungsfelder sind Proteste gegen „rechte“ Gruppierungen sowie Aktionen mit Bezug zur Bundeswehr bzw. dem Militär allgemein.

Dabei handelt es sich bei der Clownarmee nicht um eine neue politische Strömung im eigentlichen Sinne; vielmehr sprechen die Aktivisten der Clownarmee insbesondere auf ihren Internetseiten Personen des linken Spektrums an und werben für ihre neuen, „kreativen“ Gestaltungsformen.

Ursprünge

Die historischen Ursprünge des Phänomens liegen in Großbritannien; dort bezeichnet sich die Gruppierung selbst als „Clandestine Insurgent Rebel Clown Army“ (= heimliche aufständische Rebellen-Clownarmee). Im Jahre 2003 trat sie hier erstmals auf, um anlässlich des Besuchs des amerikanischen Präsidenten, George W. Bush, gegen den Irak-Krieg zu protestieren. Erste größere Aufmerksamkeit erreichten sie durch



Clowns der Rebel Army wollen die Polizei provozieren.

Foto: Yavuz Arslan

ihre Beteiligung an Demonstrationen zum Weltwirtschaftsgipfel 2005 in Gleneagles/Schottland.

Inzwischen existieren weltweit, insbesondere aber in Europa (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland und den Niederlanden) aktive Gruppierungen der Rebel Clown Army. Für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland können solche Gruppen und erste Aktionen seit Ende 2005 festgestellt werden.

Erfolgreiche Strategie

Mit dem Auftreten der Clownaktivisten ist auch in Zukunft zu rechnen. Das Wissen um das Phänomen und der von ihren Aktionen ausgehenden Wirkungen, ist für die einschreitenden Polizeibeamten bereits der erste Schritt für eine erfolgreiche Einsatzbewältigung. Hierdurch kann der Überraschungseffekt genom-

men und zugleich das Erfordernis, nach einem abgestimmten und koordinierten Vorgehen verdeutlicht werden. Einzelaktionen – die die Clowns geradezu provozieren wollen – können so vermieden werden. Auch die rechtliche Bewertung der Verhaltensweise der Clownaktivisten, die oftmals in einer Grauzone agieren, bedarf einer intensiven Vorbereitung. Besonders tragfähig erscheinen dabei Auflagen, durch die Gefahren für die Funktionsfähigkeit der Polizei sowie sonstige gefahrenträchtige Verhaltensweisen vermieden werden können (insbesondere Einhaltung eines Mindestabstands sowie Verbot von Wasserpistolen und ähnlichen Gegenständen). Im Ergebnis wird bei einer trennscharfen Bewertung der Aktionen ein ausreichender Handlungsrahmen gegeben sein, um gegen Störungen und Gefahrenlagen vorzugehen.

Selbstverständlich müssen mögliche Maßnahmen unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Wirkungen in der Öffentlichkeit, abgewogen werden. Daher ist insbesondere bei diesem Phänomen im Einzelfall zu prüfen, ob statt operativen Maßnahmen nicht taktischen Alternativen, wie zum Beispiel der Kommunikation mit den Clownaktivisten, der Vorzug zu geben ist. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Einsatzbewältigung liegt damit, neben einer gründlichen Vorbereitung, bei einem konsequenten und gleichzeitig flexiblen Umgang mit den Clowns.

Weiterführende Informationen zum Thema sind im Intranet der Polizei über folgenden Link abrufbar:

http://pol.polizei.nrw.de/imberichte/protokolle/Fachtagung/26092008/fachtagung_einsatz_herbst2008.htm

Stephan Zenker, IM

Schwarzer Block von rechtsaußen – Autonome Nationalisten

Neben der Rebel Clown Army sieht sich die Polizei in der jüngsten Vergangenheit auch mit den so genannten Autonomen Nationalisten (AN) konfrontiert. Die Mitglieder dieser Gruppe haben das Aussehen und die Parolen der „Linken“ übernommen. Die Autonomen Nationalisten stammen aus der rechtsextremistischen Szene und treten etwa seit dem Jahr 2006 bei Demonstrationen im ganzen Bundesgebiet auf.

Wer sind die autonomen Nationalisten?

Die Bewegung hatte ihren Ursprung etwa im Jahr 2003 in Berlin. In Nordrhein-Westfalen bildeten sich die ersten Gruppen im Jahr 2005. Mitglieder sind meist Jugendliche im Alter von 16 bis 23 Jahren, denen die Neonazi-Szene zu steril und bieder ist. Sie werden als erlebnisorientiert bezeichnet und haben im äußeren Erscheinungsbild und Auftreten linke Vorgehensweisen übernommen. So wird zum Beispiel bewusst die Symbolik des so genannten „schwarzen Blocks“ verwandt.

An welchen äußeren Merkmalen sind sie zu erkennen?

Die Autonomen Nationalisten sind meist einheitlich schwarz gekleidet und tragen Kapuzen, Mützen, Sonnenbrillen. Sie haben Parolen und den linken „Stil“ übernommen und für sich thematisch angepasst. Sie tragen Buttons und Aufnäher mit politischen Slogans wie „good night left side“ und führen Transparente mit grellen Farben und Graffiti mit. Für Außenstehende und selbst für



Autonome Nationalisten sind vom Aussehen nicht so leicht von linken Autonomen zu unterscheiden.

Foto: Redaktion

Polizeibeamte ist die Unterscheidung zwischen „Linken“ und Autonomen Nationalisten teilweise nicht ganz einfach.

Was macht die Gruppe so gefährlich?

Autonome Nationalisten üben derzeit eine starke Anziehungskraft auf junge Rechtsextremisten aus. Ihre Aktivitäten scheinen das Lebensgefühl von jungen „Rechten“ deutlich eher zu treffen, als zum Beispiel Jugendorganisationen der NPD oder die jungen Nationaldemokraten. Markantes Zeichen ist die Gewaltbereitschaft. Die Autonomen Nationalisten sind nicht länger bereit, angebliche „staatliche Repressionen“, also zum Beispiel Auflagen bei Demonstrationen oder polizeiliche Maßnahmen, ohne weiteres hinzunehmen. Sie setzen sich teilweise auch mit Gewalt gegen Polizeibeamte zur Wehr. Die Bildung eines „schwarzen Blocks“ und damit die einheitliche schwarze Kleidung führen dazu, dass Einzelpersonen

kaum aus der Masse heraus identifiziert werden können. Diese Anonymität baut Hemmschwellen ab und macht aggressives Auftreten gegenüber der Polizei oder gegenüber dem politischen Gegner einfacher. Auch für Jugendliche, die keine bestimmte politische Überzeugung vertreten wollen, erscheinen die Autonomen Nationalisten attraktiv.

Wie treten sie in Nordrhein-Westfalen auf?

Schwerpunkt der Autonomen Nationalisten ist das Ruhrgebiet und der Raum Aachen/Eifel. 120 Personen zählen zum harten Kern, deutschlandweit gibt es circa 500. Auf Demonstrationen gesellen sich aber auch schnell Mitläufer dazu. Bei einer Demonstration in Stolberg im vergangenen Jahr, formierte sich zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen ein massiver schwarzer Block mit über 50 Personen, der sehr gewaltbereit war.

Marion Henkel, IM

Achtung Eigensicherung!

PP Krefeld macht auf Gefahren aufmerksam

Das Polizeipräsidium Krefeld hatte zum „Tag der Eigensicherung“ eingeladen. Ziel dieser Veranstaltung war es u.a., die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gefahren im täglichen Dienst zu sensibilisieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Fakt ist: Polizeibeamte leben immer mit dem Risiko von der einen auf die andere Minute in lebensbedrohende Situationen zu geraten. Der Beruf bringt es mit sich, dass sowohl die Polizei als auch die Feuerwehr bzw. Rettungsdienste häufig als erste am Ort des Geschehens sind. Häufig genug verfügen sie auf der Anfahrt dorthin nur über bruchstückhafte Informationen über das, was sie am Einsatzort erwartet.

„Gefahr erkannt = Gefahr gebannt“

Tatsächlich müssen die Einsatzkräfte zunächst einmal die „Gefahr“ erkennen, um sicher und angemessen zu reagieren. Dabei können sie Gefahren oft nur in der Zusammenarbeit mit verschiedenen Dienststellen/Organisationen abwehren und Einsatzsituationen lösen.

Profis aus den unterschiedlichsten Fachbereichen (siehe Teilnehmerliste) vermittelten im Rahmen der Veranstaltung ihr Fachwissen. Sie stellten Einsatzmittel und Hand-

lungsmöglichkeiten vor und trugen so zur Aufklärung bzw. Sensibilisierung bei.

Wenn sich Polizeibeamte die Lagebilder betrachten, stellen sie fest, dass es täglich und zu jeder Zeit darauf ankommt, schnell und sicher zu handeln. Dies gilt für das Einsatzgeschehen in der allgemeinen Aufbauorganisation ebenso, wie für Großlagen, die das Zusammenspiel vieler erfordern.

Weitere Informationen zur Konzeption dieses Tages gibt die Öffentlichkeitsarbeit des Präsidiums unter Tel.: 02151 634 1114.

Rainer Behrens, PP Krefeld



Die Fragen stehen in den Gesichtern: Eine echte Maschinenpistole oder nur eine Anscheinswaffe? Wie reagiere ich im Einsatzfall?

Ein Kollege der Polizeiwache Nord probiert den von Krefelder Feuerwehrleuten vorgeführten Schutzanzug aus.



Eigensicherung – Wissen schützt

Neben Ausrüstung, Taktik und Einsatztraining sind Informationen ein wesentlicher Baustein der Eigensicherung. Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte verfügt über wertvolle Einsatz Erfahrungen und Informationen zum Thema Eigensicherung. Dieses Wissen soll nun systematisch erfasst und allen bedarfsorientiert zur Verfügung gestellt werden.

Das Innenministerium hat deshalb die Arbeitsgruppe Eigensicherungsinformation unter Leitung von LPD Jansen (PP Bochum) eingerichtet. Sie wird unter Berücksichtigung der vielfältigen Aktivitäten und Angebot der Polizeibehörden zu diesem Thema einen landeseinheitlichen Standard für die Erhebung, Bewertung und Steuerung von Informationen zur Eigensicherung erarbeiten. Außerdem wird die Arbeitsgruppe ein Modell beschreiben, das Wissen aktuell und suchfähig bereit stellt.



Damit kann plötzlich jeder
Polizeibeamte
konfrontiert werden:
Ein Mitarbeiter des LKA
erläutert Spreng und
Abschussvorrichtungen.

Fotos: Jochen Tack

Themen und Teilnehmer

- PP Krefeld /Diensthundeführer – Umgang mit Hunden, Staatsschutz Islamistischer Terrorismus, Arbeitsschutz Sicherheit am Arbeitsplatz, Sicherheit durch Sicherheitskleidung
- Krefelder Zoo – Umgang mit exotischen und gefährlichen Tieren
- Bundespolizei – Verhalten im Gleisbereich, Bahnstromunfälle und Umgang mit Fans
- SEK – Messerangriff, Gefahrenbereiche
- Betriebsfeuerwehr Currenta – Chemieunfälle, Gefahren die von biologischen Stoffen ausgehen
- Berufsfeuerwehr Krefeld – Brand, Gefahrgut
- Städtische Werke Krefeld – Umgang mit Strom- und Wasserleitungen, Gasunfälle, Stromunfälle bei Straßenbahnen
- Berufsfeuerwehr Krefeld – Umgang beim Transport von psy. Kranken
- Krefelder Tierrettung – Narkotisieren von gefährlichen Tieren
- PP Duisburg/WSP – Rettung einer Person aus dem Rhein, gefährliche Ladungen auf Rheinschiffen, Havarien
- PP Düsseldorf/PASt – Gefahren auf Schnellstraßen, Absicherung von Unfallstellen
- Stadt Krefeld/Veterinäramt – Tierkrankheiten, Ansteckungsgefahren
- NRW/Kampfmittelräumdienst – Waffen, Replikas, getarnte Stich- und Schusswaffen, Gaswaffen, Erkennen und Behandeln von explosiven und brennbaren Stoffen, Einsatz des Manipulators
- Aids Hilfe Krefeld – Risiken und Gesundheitsprävention zum Thema Aids
- LZPD NRW – Entwicklung und Erprobung von Waffen und Einsatzmitteln
- Fa. Evonic – Industriegefahren, Säuren und Gefahrstoffe
- Leit. Notarzt der Stadt Krefeld – Ansteckende Krankheiten



Übung hilft auch dem Meister

Informationen zur Fortbildung für Führungskräfte im Rahmen des Einsatztrainings 24

Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen (LAFP) bietet einen Fortbildungslehrgang für Führungskräfte in drei Modulen an. „Die Vorgesetzten von Basisorganisationseinheiten sind für ihre Fortbildungs- und Führungsverantwortung im Rahmen des Einsatztrainings 24 (ET 24) zu qualifizieren.“ So steht es im Erlass des Innenministeriums zum Einsatztraining 24.

Die Teilnahme am so genannten Modul 1 im Rahmen der örtlichen Fortbildung in der eigenen Behörde ist verpflichtend; das Modul 2 des LAFP dagegen freiwillig. Darauf baut das Modul 3 auf, das zukünftig als dienststellenübergreifende Tagesveranstaltung wiederum behördenintern angeboten werden soll.

Wie genau sieht das in der Umsetzung aus?

Mit Einführung des ET 24 erhielten alle Leiterinnen und Leiter von Basisorganisationseinheiten zunächst eine dreiteilige örtliche Anpassungsfortbildung, die sie auf ihre



Ein Blick in den Seminarraum: Vorbereitung des Übungseinsatzes

Fotos LAFP

neue Rolle im Einsatztraining vorbereitete (siehe auch „Die Streife“ Ausgabe 04/2006).

Lehrmodul 2, LAFP

Bei der Konzeption der Programminhalte wurde durch die Einarbeitung einer Vielzahl praktischer Trainingseinheiten darauf geachtet, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, anders als in anderen Seminaren, nun an mehreren Stellen aktive Rollen zugewiesen werden. Kurzum: Zuvor Gehörtes bzw. selbst Erarbeitetes kann unmittelbar prak-

tisch in der Übung umgesetzt und erfahren werden.

Seminarverlauf des Modules 2

Ende des letzten Jahres wurde beim LAFP in Selm erstmals das weiterführende Modul 2 mit Angehörigen der Polizeibehörde Soest durchgeführt. Inhaltlich standen neben dem Training und dem Erfahrungsaustausch, das Lagetraining sowie die Trainingssequenzen mit Rollenspielerinnen im Vordergrund.

Am Eröffnungstag wurde durch einen intensiven Erfahrungsaus-

tausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Blick über den Tellerrand geworfen. Aus den Rückmeldungen flossen gute Konzepte und Themen in das eigene Einsatztraining 24 ein.

An den drei darauf folgenden Tagen hatten die 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann erstmals die Gelegenheit, ihre bislang in unterschiedlichen Dienststellen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und zu optimieren.

Fachlich begleitet wurden sie dabei von ET 24-Lehrtrainern und Fortbildern der Spezialeinheiten des Dezernates 12 sowie von BAO-erfahrenen Dienststellenleitern des PP Dortmund in Zeit- und Sofortlage-Trainings.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich in der Bewertung dieses Abschnittes einig: Ihre Einsatzkompetenz bei der Bewältigung von BAO-Lagen als Einsatzabschnittsführer ist gestiegen. Auch die Möglichkeit der eigenen Handlungssicherheit vor Ort wurde verbessert, sowohl das Trainieren koordinierten Vorgehens unter Eigensicherungsaspekten in ständig neuen Zugriffssituationen als auch des Eindringens



Der festgenommene Täter wird von den Einsatzkräften „auf den Boden gesprochen“.

in einen Pkw durch Zerstören der Scheiben mittels unterschiedlichster Werkzeuge, wurde als gelungen zurückgemeldet. Die Übungen waren insgesamt von einer hohen Motivation aller Beteiligten und dynamischen Verläufen geprägt. Das sorgte neben den Lerneffekten auch für eine entsprechende Kurzweiligkeit. Erweitert wurde das Spektrum der Veranstaltung durch die Vermittlung von theoretischem Basiswissen zum Bereich BAO, insbesondere der damit im Zusammenhang stehenden herausragenden Bedeutung und Funktion einer Führungsgruppe als besonderes Thema. Auch zu letzterem bestand in einer Übung unmittelbar Gelegenheit, das Erfordernis zur Bildung einer Führungsgruppe

und die damit verbundenen Vorteile selbst zu erleben.

Abgerundet wurde die Woche u. a. mit einer simulierten BAO der „etwas anderen Art“, wobei an dieser Stelle den zukünftigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht zu viel verraten wurde. Nur soviel, dass der damit verbundenen Überraschung von allen Beteiligten hierüber eine durchgehend gute Bewertung folgte.

Für 2009 sind nach bisherigem Stand im Mai und September zwei weitere Auflagen geplant. Einzelheiten ergeben sich aus dem Fortbildungskalender 2009 bzw. sind bei der örtlichen Fortbildungsstelle oder direkt beim LAFP, Abteilung 1, Teildezernat 12.1, in Selm erfragbar.

Klaus Weber, LAFP



Durchsuchung einer Wohnung im Rahmen der Fortbildungsseminars für Führungskräfte.



Wir sind für Sie wenn Sie uns

15 Jahre Betreuungsteam Nordrhein-



Das Betreuungsteam NRW: (v. l. n. r.) PD Ingolf Schween, PD Reinhard Lenzen-Fehrenbacher, PD Wolfgang Psiuk, LRMD Dr. Christoph Pahlke, POR' in Elke Friedrich, PD Andreas Kornfeld, LRMD Dr. Peter Dahm (bis Ende 2008), ORMR Dr. Gero Koch

Glückwunsch! Das Betreuungsteam der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ist 15 Jahre alt geworden. Fest etabliert und zu einer anerkannten Einrichtung geworden, kümmern sich die Teammitglieder um Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach besonders belastenden Ereignissen.

Durch die Ereignisse, die plötzlich und unerwartet auf die Betroffenen einwirken und außerhalb der allgemein üblichen Erfahrung liegen, können posttraumatische Reaktionen

entstehen, welche oft von den Betroffenen zunächst nicht eingeordnet werden können. Die eigenen Bewältigungsstrategien reichen häufig zur Bearbeitung der spürbaren Reaktionen nicht aus. Der Charakter der als bedrohlich erlebten Situation und die Bewältigungsmöglichkeiten klaffen auseinander. Es entsteht ein starkes Gefühl der Hilflosigkeit und Ohnmacht sowie eine Erschütterung der bisherigen Sicht von sich selbst, anderen und der Welt.

Das Betreuungsteam besteht aktuell aus sieben Mitgliedern, zwei

Polizeiärzten, einer Polizeibeamtin und vier Polizeibeamten, die landesweit tätig werden. Die Mitglieder werden in einem Betreuungsfall über die Tatortbehörde und anschließend über die Landesleitstelle des LZPD alarmiert und nehmen selbstständig Kontakt zu den betroffenen Dienststellen auf.

Das weitere Vorgehen wird dann unmittelbar abgesprochen und ein Termin für eine Erstintervention vereinbart.

Entscheidend dabei ist die subjektive Wahrnehmung und Empfindung

da, brauchen!

Westfalen

Einsatzanlässe für das Betreuungsteam:

- Schusswaffengebräuche
- Schwerste Verkehrsunfälle mit bis zu sechs Toten
- Suizide von Polizeibeamten
- Tötungsdelikte z. N. von Polizeibeamten
- Schwerste Dienstunfälle
- Suizide von Dritten
- Brandeinsätze mit bis zu sieben Toten.



Neues Faltblatt

Mit dem neuen Faltblatt werden Kurzinformationen über Anlässe, die Alarmierung, die Betreuung und die Mitglieder des Teams für einen ersten Überblick gegeben. Dieses Faltblatt wird vom Betreuungsteam verteilt und liegt dieser Ausgabe zur Information bei.

Anforderung des Faltblattes unter:
oeffentlichkeitsarbeit@im.nrw.de

des Betroffenen und nicht die Einordnung des Geschehenen durch Unbeteiligte. Der Landesteil D wird dieser Tatsache gerecht und regelt daher die Alarmierung des Betreuungsteams entsprechend.

Seit 1994 wurden neben unzähligen Beratungen circa 700 Einsatzanlässe mit über 1.600 betroffenen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

durch die Teammitglieder in zeitnahen Erstinterventionen begleitet. Folgeinterventionen waren zusätzlich die Regel.

Darüber hinaus wirkte das Team in Fortbildungsveranstaltungen u. a. des LAFP sowie an zahlreichen Veranstaltungen für Führungskräfte in den Polizeibehörden des Landes mit.

Mit dem neuen Faltblatt (siehe Infokasten) werden Kurzinformationen über Anlässe, die Alarmierung, die Betreuung und die Mitglieder des Teams für einen ersten Überblick gegeben. Im Interesse der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ist es besser, einmal zu viel als zu wenig zu alarmieren.

*Ingolf Schween,
PP Hamm/Betreuungsteam*

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorberatung wählbar alles kostenfrei ohne 2% Bearbeitungsgebühren Info: www.ak-finanz.de

DSB BANK
www.ak-finanz.de

und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30 000,- € günstige 281,05 € mtl., 70 000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., *5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab *5,75% *effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre i.ö.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de Gebührentfrei **Tel. 0800/1000 500**

Spice: Vom Räuche zur In-Droge

Seit Monaten geistern Meldungen über eine neue „Modedroge“ durch die Medien – Spice. Konsumenten schwärmen von der Kräuterdroge als legalem Cannabisersatz. Lange war nicht klar, was in der Kräutermischung enthalten ist. Jetzt steht fest: Künstliche Cannabinoide erzeugen die berauschende Wirkung. Seit Ende Januar fällt Spice unter das Betäubungsmittelgesetz.

Spice (deutsch „Gewürz“) ist eine Mischung exotischer Pflanzen und Kräuter. Bereits seit 2004 in Großbritannien und der Schweiz bekannt, fand diese Kräutermischung seit Anfang 2008 auch in Deutschland zunehmend Konsumenten. Spice war frei verkäuflich und wurde vor allem in Headshops, kleinen Geschäften, die Wasserpfeifen und Zubehör für den Cannabiskonsum verkaufen, sowie im Internet angeboten. Vor allem auf ihren Webseiten wiesen die Anbieter darauf hin, dass es sich bei Spice um Räucherwerk „zur Verbesserung des Raumklimas“ handele und es nicht zum Verzehr vorgesehen sei.

In den Beschreibungen zu einzelnen Bestandteilen der Mischung war jedoch die Rede davon, dass sie als legaler Cannabisersatz dienen, sodass Konsumenten diese Hinweise missachteten und die Mischung wie Cannabis, teilweise mit Tabak, rauchten. Viele berichteten von einer diesem vergleichbaren halluzinogenen Wirkung, aber auch von Übelkeit, Herzrasen, Angstzustän-



den und einem gegenüber Cannabis verlängerten Wirkzeitraum. Eine intensive Berichterstattung in den Medien und der Hinweis auf den „legalen Cannabisersatz“ führten dazu, dass der in Großbritannien ansässige Hersteller Lieferengpässe und die Anbieter den Ausverkauf einzelner Spice-Sorten meldeten.

Wurde Spice zunächst in den Varianten „Silver“, „Gold“ und „Diamond“ angeboten, kamen in den letzten Wochen neue Mischungen mit den Namen „Arctic Synergy“, „Tropical Synergy“ und „Yucatan Fire“ hinzu. Aber auch Kräutermischungen anderer Hersteller mit phantasievollen Namen wie „Skunk“, „Smoke“, „Sence“, „Space“ oder „Genie“ erschienen auf dem Markt.



In den kleinen, bunten Tütchen, bei „Spice“ mit dem Aufdruck eines Auges, ist in allen Fällen eine fein gehackte, getrocknete Pflanzen- und Kräutermischung, ähnlich einer Teemischung. Auch der Geruch ähnelt dem von Tee. Bestandteile der „Spice-Mischung“ sollen circa acht verschiedene exotische Pflanzen wie

rduft

anderen gesundheitsschädigenden oder berauschenden Stoffen versetzt ist.

Was erzeugt die halluzinogene Wirkung?

Mitte Dezember 2008 entdeckte das Frankfurter Pharmalabor „THC-Pharm“ in „Spice“ das synthetische Cannabinoid „JWH-018“, das einen Rauschzustand auslösen kann. Es soll etwa vierfach stärker als der in Cannabis enthaltene Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) sein. In den folgenden Tagen konnten verschiedene Untersuchungsstellen weitere synthetische Cannabinoide („CP 47,497“ und ähnliche) in „Spice“ und vergleichbaren Produkten nachweisen.

Die Zentralstelle für die Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität (ZfB) stellte am 15. Januar 2009 fest, dass „Spice“ durch die Beifügung pharmakologisch wirksamer Stoffe unter das Arzneimittelgesetz (AMG) fällt und das Inverkehrbringen gem. § 95 Abs. 1, Nr. 1 AMG strafbar ist. Gleichzeitig beauftragte das Bundesgesundheitsministerium das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zu prüfen, ob die in „Spice“ gefundenen synthetischen Cannabinoide künftig den Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) unterliegen und verboten werden sollen.

Spice und ähnliche Mittel: Verboten!

Die Prüfung endete mit dem Verbot von Spice und ähnlichen Zubereitungen: Mit der Zweiundzwanzigsten Verordnung zur Änderung

Zusatzinfos:

Weitere Informationen zu „Spice“ und anderen Kräutermischungen, zur Anzeigenaufnahme und statistischen Erfassung sind auf der Intranetseite des LKA NRW unter der Rubrik Aktuelles zu finden

(<http://pol.duesseldorf-lka.polizei.nrw.de/aktuelles.htm>).

betäubungsmittelrechtlicher Vorschriften (22. BtMÄndV) wurden die genannten synthetischen Cannabinoide ab 22. Januar 2009 zunächst für ein Jahr der Anlage II (verkehrsfähige, aber nicht verschreibungsfähige Betäubungsmittel) des BtMG unterstellt. Seit diesem Tag sind der Besitz, der Erwerb, der Handel, die Ab- und Weitergabe und die Einfuhr von „Spice“ und analogen Kräutermischungen, die die unterstellten Stoffe enthalten, strafbar.

Dies bedeutet für Polizeibeamtinnen und -beamte, dass sie in allen Fällen, in denen sie „Spice“ oder eine andere Kräutermischung feststellen, eine Strafanzeige wegen eines Verstoßes gegen das BtMG fertigen und die Substanzen sicherstellen. Dabei ist die Anzeige in IGVP mit dem Schlagwort „Spice“ aus der Gruppe „Information“ zu versehen. Da es bisher keine Schnelltests für die in Rede stehenden synthetischen Cannabinoide gibt, müssen alle sichergestellten oder beschlagnahmten Kräutermischungen auf ihre Inhaltsstoffe untersucht werden. Einerseits ist nur so festzustellen, ob die Kräutermischung überhaupt Stoffe enthält, die unter das BtMG fallen. Andererseits lassen sich nur durch weitere Untersuchungen bislang noch nicht entdeckte relevante Inhaltsstoffe feststellen, die dann ebenfalls dem BtMG zu unterstellen sind.

Siegfried Kleine, LKA



Meeresbohne oder Helmkrout sein. Einigen dieser Pflanzen sagt man halluzinogene und psychoaktive Wirkung nach, ohne dass die Wirkstoffe im Einzelnen bekannt sind. Keiner der in der Kräutermixtur enthaltenen pflanzlichen Stoffe fällt unter das Betäubungsmittelgesetz. Lange blieb allerdings unklar, ob Spice mit

Die „Schwedische Initiative“

Vereinfachter und schnellerer Informationsaustausch zwischen Polizeibehörden in der EU

Durch die „Schwedische Initiative“ sollen Informationen zwischen den Polizeibehörden in Europa schneller und einfacher ausgetauscht werden können. Die neuen Regelungen sind Ende Dezember 2008 in Deutschland in Kraft getreten.

Der Beschluss wird, da er auf einen Vorschlag des schwedischen Staates zurückzuführen ist, landläufig „Schwedische Initiative“ genannt. Ziel ist: Ein einfacheres Verfahren für den Informationsaustausch, mit einer verbesserten Qualität und vor allem einer schnelleren Übermittlung der Informationen.

Diese Entwicklung wird jeder zu schätzen wissen, der schon einmal versucht hat, im Rahmen von Ermittlungen vermeintlich schlichte Informationen aus einem anderen Staat zu erhalten. Wartezeiten von zehn bis 20 Monaten können durchaus vorkommen und führen nicht nur zu Verzögerungen im Ermittlungsverfahren, sondern auch zu Unverständnis bei den Beteiligten (Justiz, Polizei, aber auch Geschädigten).

Jetzt soll innerhalb der Europäischen Union dieser Informationsaustausch nach dem „Prinzip der Verfügbarkeit“ der gewünschten Daten erleichtert werden. Neben den 27 Mitgliedsstaaten beteiligten

sich auch Island, Norwegen und die Schweiz. Für Strafverfolgungsbehörden verfügbare Informationen sollen unter denselben Voraussetzungen an den Anfragenden ins Ausland übermittelt werden dürfen, wie es die Rechtslage innerhalb der Nation ermöglichen würde. Durch den Aspekt des internationalen Informationsaustausches dürfen somit keine zusätzlichen Hürden mehr entstehen.

Diese Verfahrensweise wird um die Möglichkeit ergänzt, unter besonderen Voraussetzungen die Anfrage mit Fristen zu versehen. Antworten sind zu übermitteln innerhalb von

- 8 Stunden; bei dringenden Ersuchen (Begründung), speziellen Katalogtaten und der Verfügbarkeit der Informationen in einer den Strafverfolgungsbehörden zugänglichen Datenbank

- 7 Tagen; bei nicht dringlichen Ersuchen, speziellen Katalogtaten und der Verfügbarkeit der Informationen in einer den Strafverfolgungsbehörden zugänglichen Datenbank

- 14 Tagen; bei allen anderen Ersuchen, die Informationen betreffen, die sich aus Informationen und Erkenntnissen der Strafverfolgungsbehörden ergeben.

Die nordrhein-westfälische Polizei ist bei Anfragen aus dem Ausland auch an diese Fristvorgaben gebun-

den. Um europaweit ein einheitliches Verfahren zu gewährleisten, sind diese Anfragen ausschließlich mit den dafür vorgesehenen Formularen zu übermitteln und zu beantworten. Die Bereitstellung dieser Formulare innerhalb der Anwendung IGVP wurde bereits veranlasst und soll bis zum Jahreswechsel realisiert werden. Der grundsätzlich zu beschreitende Geschäftsweg eines Ersuchens über das BKA und das LKA ändert sich derzeit nicht – weder was die Bearbeitung von eingehenden noch von ausgehenden Anfragen in den Kreispolizeibehörden betrifft.

Es kann allerdings sein, dass Anfragen aus dem Ausland unmittelbar an Kreispolizeibehörden gerichtet werden. Bei der Beantwortung dieser Anfragen kann die Unterstützung der Fachdienststelle des LKA (Sachgebiet 41.2, Internationale Rechtshilfe, Tel. 07-224-4120) in Anspruch genommen werden. Eine Beteiligung hat spätestens bei einer Antwort auf das Ersuchen zu erfolgen. Bei dem Informationsaustausch mit den unmittelbaren Nachbarstaaten Niederlande und Belgien kann weiterhin die Einrichtung EPICC genutzt werden – derzeit noch ohne Einsatz der beschriebenen Formulare.

Bei der Umsetzung der „Schwedischen Initiative“ handelt es sich um

ative“

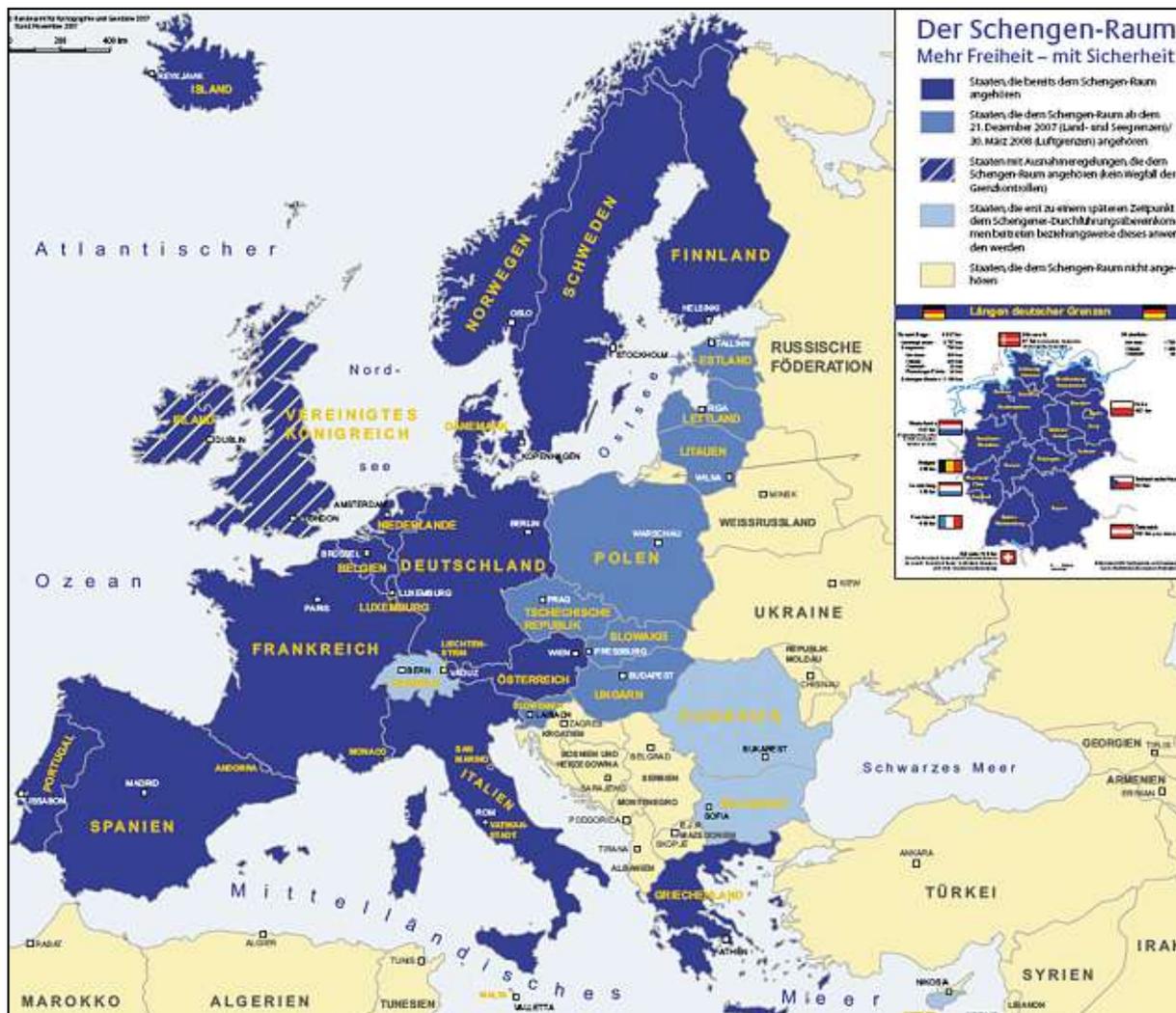
eine erfreuliche Entwicklung, die zur Vereinfachung und Beschleunigung des Informationsaustausches der Strafverfolgungsbehörden in Europa beitragen wird. Dadurch ergeben sich vielfältige Möglichkeiten einer verbesserten Datenübermittlung und -verwaltung. Die Recherche bei den Zentralstellen wird verbessert. Formale Unsicherheiten im Zusammenhang mit Anfragen ins Ausland werden reduziert. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass diese Wir-

kung unmittelbar spürbar wird. Die Kontakte mit unseren direkten Nachbarnationen und die ersten technischen Tests dieser Informationsübermittlung haben gezeigt, dass die Vorbereitungen innerhalb der Mitgliedsstaaten der EU doch sehr unterschiedlich fortgeschritten sind. Somit sollten die hohen Erwartungen mit etwas Geduld verbunden werden.

Weitergehende Informationen zu EPICC und zur „Schwedischen In-

itiative“, zum Beispiel zur Verwertung der erlangten Daten in Strafverfahren, Regelungen der Geschäftswege und Anforderungen an die Arbeitsabläufe sind im Intranetangebot des LKA eingestellt. Die Rechtshilfe ist dort unter den Oberpunkten Ermittlungen und dann Unterstützung zu finden. Bei unmittelbarem Bedarf werden die Informationen per EPost übermittelt.

Gunnar Thon, Landeskriminalamt





Über 1.000 Hinweise

LKA präventiv und repressiv erfolgreich

Per Telefon, E-Mail oder Post – über 1000 Hinweise gingen in den letzten vier Jahren beim Fachdezernat Korruption und Umweltkriminalität des Landeskriminalamtes ein.

Das Telefon der Korruptionshotline beim LKA NRW klingelt. Die Person am anderen Ende der Leitung möchte anonym bleiben. Sie will ihren Arbeitsplatz nicht gefährden. Zögerlich teilt sie mit, dass bei ihr im Unternehmen etwas nicht mit rechten Dingen zugeht. Seit seiner Gründung im April 2004 sind 1024 Korruptionshinweise beim zuständigen Fachdezernat des LKA NRW eingegangen. Bei den meisten der 233 Fälle, bei denen die Person anonym bleiben wollte, wurde die Korruptionshotline genutzt.

In 407 Fällen dienten die Hinweise als Basis zur Einleitung neuer Strafverfahren. In weiteren 246 Prüf- und Verdachtsfällen hat das LKA mehr oder weniger offenkundige Korruptionsindikatoren festgestellt, ohne jedoch einen konkreten Anfangsverdacht für ein Strafverfahren begründen zu können. Diese Fälle wurden entweder an die zuständige Staatsanwaltschaft oder die örtlich zuständige Polizeibehörde weitergeleitet.

Enge Kooperation mit anderen Behörden

Die LKA-Korruptionsdienststelle arbeitet eng mit anderen Behörden, der Finanzverwaltung oder dem Landesrechnungshof zusammen. Aus diesen Kooperationen resultieren Hinweise mit einer überdurchschnittlich hohen Qualität.

Eine besondere Rolle im System der effektiven Korruptionsbekämpfung nimmt das im März 2005 in Kraft getretene Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW ein. Es verpflichtet die staatlichen Stellen, wie zum Beispiel Behörden und Einrichtungen des Landes, Korruptionsverdachtsfälle beim LKA zu melden. Dadurch kamen etwa Unregelmäßigkeiten im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung von Elektroarbeiten zur Brandschutzsanierung eines Gymnasiums ans Licht. Der Bruttoausschreibungswert belief sich hierbei auf circa 500.000 Euro. Das mit der Planung der Vergabe beauftragte Ingenieurbüro manipulierte gemeinsam mit einem potenziellen Auftragnehmer die Vergabeunterlagen. Durch das schnelle Eingreifen der Korruptionsbekämpfungseinheit des LKA konnte ein Schaden von der Stadt abgewendet

werden. Die Täter wurden erfolgreich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.

Neben der Strafverfolgung bildet auch die Korruptionsprävention einen

Hohes Lob



Angeführt vom Inspekteur der Polizei Rhein-Westfalen, die 2007 und 2008 Feierstunde in Berlin teil, zu der Bundespräsident hatte. „Mit ihrem Einsatz leisten Sie einen wichtigen Beitrag in den Krisengebieten. Und sie leisten e

auf Korruption

Schwerpunkt. In den vergangenen vier Jahren hat das Fachdezernat Korruption und Umweltkriminalität bei zahlreichen Präventionsveranstaltungen sowohl in Behörden als auch in der Wirtschaft den Veranstaltern beratend zu Seite gestanden und Vorträge gehalten.

Nach Schätzung von Transparency International Deutschland entsteht bundesweit jährlich ein Schaden von 50 Milliarden Euro durch Korruption. Das Ziel des LKA ist es, dieser sozialschädlichen Entwicklung mit aller Kraft durch präventive und repressive Maßnahmen entgegen zu wirken.

Die Korruptions-hotline ist gebührenfrei unter der Rufnummer 0800-5677878 zu erreichen.

Weitere Informationen finden sie unter: www.lka.nrw.de

Marius Richter, LKA NRW

nach Einsatz in Krisengebieten



Dieter Wehe, nahmen 49 Polizeibeamte aus Nord- aus ihrem Auslandseinsatz heimkehrten, an einer Lesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble eingeladen einen unschätzbaren Beitrag für die Menschen in einen ebenso wichtigen Beitrag für die Menschen in

unserem Land. Die Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland hängt in unserer globalisierten Welt unmittelbar davon ab, dass nicht Gewalt und Kriminalität aus anderen Ländern zu uns überschwappen“, sagte Bundesinnenminister Schäuble.

Ulrich Schiefelbein, LAFP NRW

IPOMEX 2009 – Modernster Messestand der Polizei

Veranstaltungsablauf der internationalen IPOMEX in Münster vom 31. März bis 2. April

Simulierter
Polizeieinsatz:
Spezialeinheiten
befreien eine Geisel.
Foto: Jochen Tack,
IPOMEX 2007



Die internationale Polizeifachmesse IPOMEX findet in diesem Jahr vom 31. März bis zum 2. April 2009 im Messe und Congress Centrum Halle Münsterland statt. Innenminister Dr. Ingo Wolf ist Schirmherr der IPOMEX 2009 und wird sie am 31. März eröffnen.

Die Polizei Nordrhein-Westfalen ist auch in diesem Jahr mit einem eigenen Messestand vertreten (E 25, siehe Hallenplan auf Seite 33). Auf dem Messestand, der vom Landes-

amt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) konzipiert und organisiert wurde, stellen auch die Polizeibehörden Bonn, Köln, Münster, Neuss und das Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD) ausgewählte Projekte vor.

Einen Schwerpunkt der diesjährigen Leistungsschau bildet die qualifizierte Aufnahme von Verkehrsunfällen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen

nimmt jeden ihr bekannt gewordenen Verkehrsunfall auf. Dieser Service erleichtert den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die Durchsetzung ihrer zivilrechtlichen Ansprüche. Gleichzeitig erhält die Polizei umfassende Analysedaten zum Unfallgeschehen. Dies ermöglicht ihr, Maßnahmen zur Verkehrssicherheit zielgerichtet einzusetzen. Besonders bei Verkehrsunfällen mit schwerwiegenden Folgen ist die Ursachenermittlung für die Opfer

e Technik auf Nordrhein-Westfalen

onalen Polizeifachmesse 2009

und das Strafverfahren von besonderer Bedeutung. Dank des Einsatzes modernster Technik ist es möglich, den jetzt schon hohen Qualitätsstandard bei der Verkehrsunfallaufnahme noch weiter zu verbessern.

Die Präsentationen zum Thema „Qualitätsverbesserung in der Verkehrsunfallaufnahme“ erfolgen am 1. Messtags nachmittags und an den beiden anderen Tagen jeweils vormittags und nachmittags. Neben theoretischen Ausführungen zum Thema Unfallaufnahme im „Forum“ wird der Einsatz aktueller Technik an einer nachgestellten Unfallszene (PKW/ Fahrrad) auf dem Messestand der Polizei auch praktisch demonstriert.

*Polizeipräsidium Münster,
Bonn und Köln*

Beispiele, wie durch den Einsatz modernster Technik die Aufnahme von Verkehrsunfällen noch weiter optimieren lässt, zeigt die nordrhein-westfälische Polizei auf ihrem Messestand.

An Hand eines neuen landesweit einmaligen Unfallaufnahme-fahrzeugs zeigt das Kölner Polizeipräsidium ein spezielles Verfahren

zur Unfallaufnahme und eine besondere Software zur Erstellung von Unfallskizzen. Das Fahrzeug, das aufgrund der fachlichen Anforderungen konsequent mit neuester Technik ausgestattet wurde, ist noch ein „Pilotfahrzeug“ und muss sich derzeit in der Praxis bewähren (siehe Streife 01/09).

Das Polizeipräsidium Bonn stellt ein qualifiziertes Spurensicherungsverfahren nach einem simulierten Verkehrsunfall mit Personenschaden und die digitale Skizzenfertigung mit Hilfe der Anwendung MS Visio vor. Im Prüf-LKW des PP Münster werden im Rahmen von praktischen

Aktuelle Infos

Aktuelle Informationen zu den Programmpunkten und zu den Veranstaltungszeiten finden Sie im Internetangebot der nordrhein-westfälischen Polizei unter www.polizei.nrw.de oder im Intranetangebot des LAFP (nur für Polizeiangehörige).





Beispielen Kontrollen der Ladungssicherung sowie der Einhaltung der Gefahrgut- und Sozialvorschriften dargestellt. Darüber hinaus können sich die Messebesucher über technische Möglichkeiten der Dokumentenprüfung und Aufgaben der Opferschutzbeauftragten informieren.

Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss

Die KPB Rhein-Kreis Neuss stellt eine gemeinsam mit der Hochschule Niederrhein neu entwickelte Fahrradcodierung vor, bei der lediglich mit einem Code versehene Sicherheitsetiketten auf Fahrräder geklebt werden. Halter- und Fahrrad-daten werden vor Ort online in eine webbasierte Software eingestellt, ein Handscanner erleichtert hierbei das Erfassen des Codes im System.

Zeit- und Personalaufwand werden verringert, die Zielgruppe erweitert.

Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen

Das LZPD stellt das Polizeiliche Geoinformationssystem (PoIGIS) vor.

Geoinformationssysteme als zukunftsweisende Führungsinstrumente sind im Rahmen einer modernen Lagevisualisierung unverzichtbar. Mit dem Einsatz von PoIGIS ist es möglich, die räumlichen Beziehungen von polizeilichen Ereignissen mit Hilfe von Einsatz- und Vorgangsdaten in einer Kartografie darzustellen. Durch Visualisierung des Ortsbezugs werden die Prozesse der Gewinnung von Führungsinformationen und der Ermittlungsarbeit wesentlich unterstützt. PoIGIS wurde in Zusammenarbeit mit dem Geo-

informationszentrum des Landesbetriebes IT.NRW entwickelt.

Neben PoIGIS wird vom LZPD auch der Digitale Erkennungsdienst im Netz (DigiED-Net) und die Digitale Fingerabdrucknahme (Livescan) vorgeführt.

Präsentiert wird die Schnittstelle zum IT-Verfahren DigiED-Net, die die Einmal Erfassung von erkennungsdienstlich relevanten Daten unterstützt (Derzeit müssen sowohl im DigiED-Net als auch Livescan gleiche Daten erneut eingegeben werden). Darüber hinaus wird der Versand von digitalen Fingerabdrücken zum BKA in Echtzeit demonstriert. Dabei werden u. a. Finger digitalisiert, die einen „Treffer“ beim BKA erzeugen und anschließend über POLAS NRW einer Person zugeordnet werden können. Das IT-Verfahren DigiED-Net und hier insbesondere die Funktionali-

täten der Lichtbildvorzeigekartei (LVK) und Wahllichtbildvorlage (WLV) sollen gezeigt werden. Diese Möglichkeiten werden von ca. 12.000 Anwendern in Nordrhein-Westfalen genutzt und stellen einen wichtigen Baustein bei der Ermittlungsarbeit dar. Im Jahr 2008 wurden ca. 90.000 Vorlagen erstellt. Die Präsentationen erfolgen auf Basis der in den Polizeibehörden in NRW vorhandenen Systeme DigiED-Net und Livescan.

Qualitätssicherung bei Schutzwesten; Darstellung von Beschussversuchen

Das Waffentechnische Labor des LZPD zeigt die Qualitätssicherung anhand ballistischer Schutzwesten auf. Es wird ein Messestand mit Anschauungsmaterial zur Schutzweste und deren Qualitätsprüfung aufgebaut,

der es den Besuchern ermöglicht, Grundlagen und Ablauf der Untersuchungen nachzuvollziehen und Fragen zur Qualität der eingesetzten Schutzwesten zu beantworten.

Auftragsvergaben in der polizeilichen Praxis

Dieser Vortrag wird anhand von Beispielen den Ablauf von Vergaben, Besonderheiten bei der Bewertung von Angeboten und die Umsetzung der Aufträge nach Zuschlagerteilung darstellen. Er richtet sich sowohl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen, welche die Bedarfe der Polizeibehörden kennen und sich durch die Abgabe von Angeboten an Vergabeverfahren beteiligen, als auch an die Mitarbeiter von Polizeibehörden, in deren Aufgabenbereich die Bedarfe entstehen oder die mit der Er-

stellung von Leistungsbeschreibungen beauftragt sind. Außerdem wird die Notwendigkeit einer präzisen Leistungsbeschreibung für ein Vergabeverfahren näher beleuchtet. Vortragsdauer: ca. 45 bis 60 Minuten, Referent: Bernd Heimfarth/Stefan Rogalla.

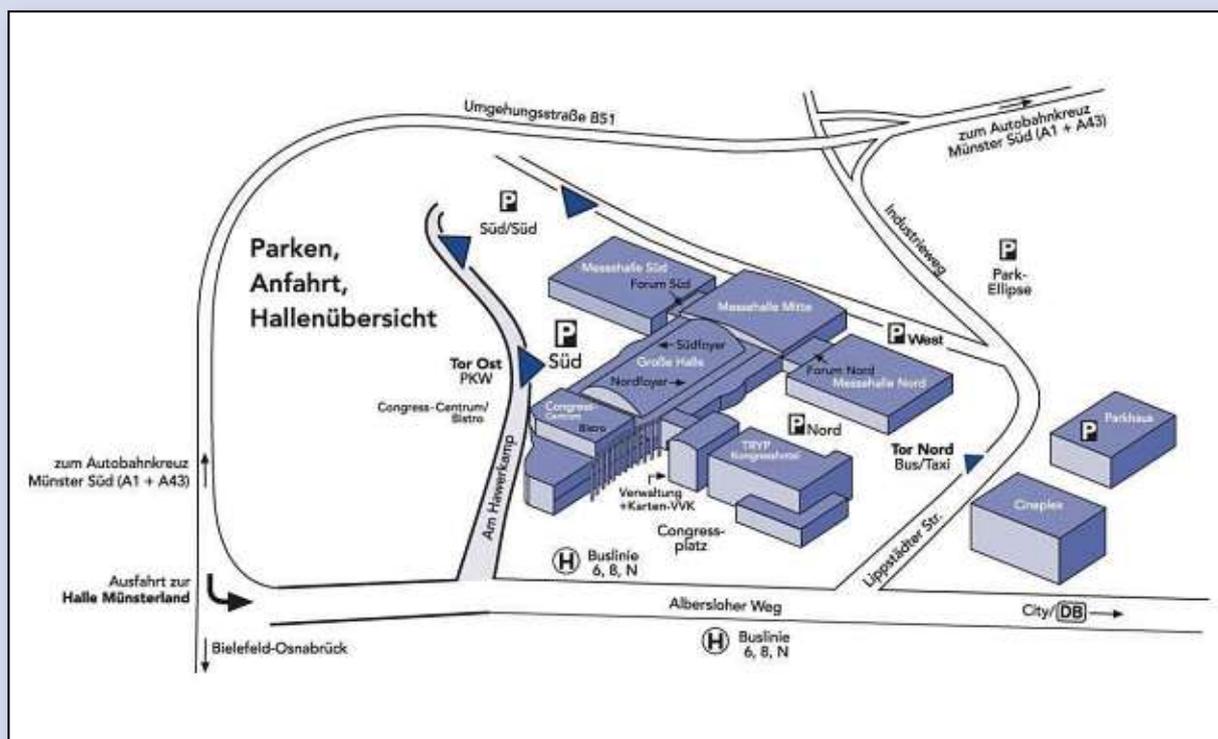
Vortrag zu IT-Sicherheit und IT-Grundschutzaudits

Ziel eines IT-Sicherheitsaudits ist es, die Wirksamkeit und korrekte Umsetzung vorhandener technischer und organisatorischer IT Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen und bisher unbekannte Schwachstellen zu identifizieren.

Die Ergebnisse eines IT-Sicherheitsaudits führen

- zu einem nachweisbaren und vergleichbaren IT-Sicherheitsniveau bei allen Polizeibehörden,

Parken, Anfahrt, Hallenübersicht



- zu einer Erhöhung der Gesamtsicherheit durch Aufdeckung von Schwachstellen,
- zu einem besseren Schutz der kritischen und polizeiweiten IT-Verfahren,
- zu einer Optimierung des behördeninternen IT-Sicherheitsmanagements und
- zur Optimierung von Investitionen in IT-Sicherheitsmaßnahmen, die sich an den realen Bedürfnissen der PB orientieren.

Vortragsdauer: 45 bis 60 Minuten,
Referent: Ulrich Romahn

Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten:

Der Fachbereich Einsatz und Gefahrenabwehr wird Vorträge zu folgenden Themen halten:

- Amoktraining der nordrhein-westfälischen Polizei
- Mantrailing – Darstellung des Projektes
- Frauen in Auslandseinsätzen
- Auslandseinsätze der Polizei NRW allgemein

Der Fachbereich Kriminalitätskontrolle wird Fachvorträge zur Bekämpfung der Internetkriminalität halten.

Der Fachbereich Führung, Management und Recht hat Aktionen und Fachvorträge in seinem Programm. An allen drei Tagen, jeweils vormittags und nachmittags, werden am Polizeistand Kurzvorträge zum Thema „interkulturelle Fortbildungsangebote“ gehalten.

Referenten sind Guido Kamp und Willi Stratmann.

Am zweiten Veranstaltungstag (1. 4. 2009) gibt es im Congresszentrum in der Zeit von 14.00 bis 15.30 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit Migrationshintergrund – eine Bereicherung oder Belastung?“.

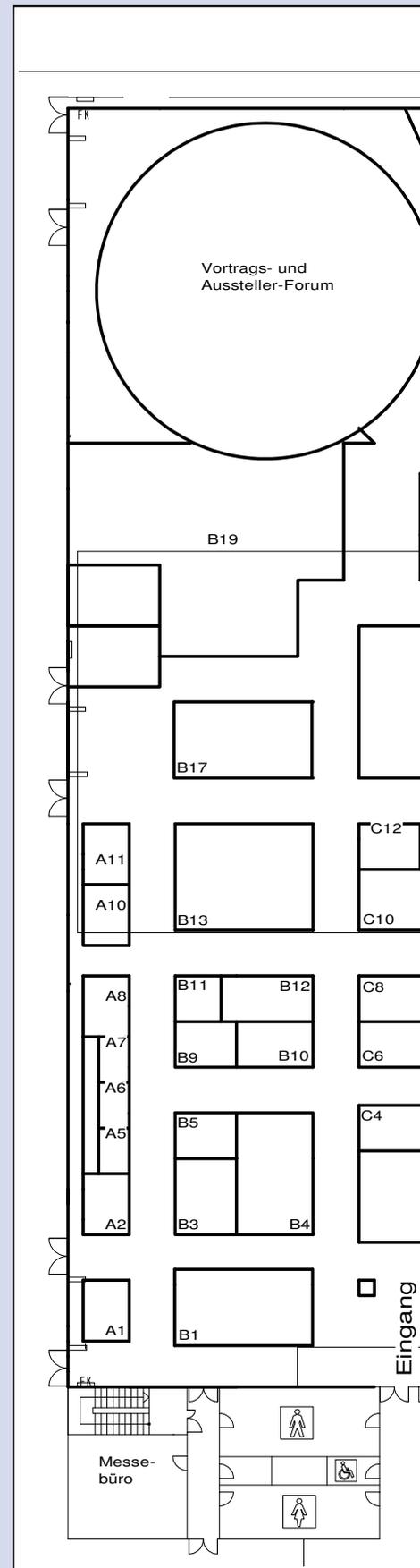
Zudem wird ein Fachvortrag im Rahmen des 1. Münsteraner Workshops „Taktische Einsatzmedizin“ gehalten. Daneben findet eine Waffenausstellung i. V. m. aktuellen Informationen zum neuen Waffenrecht statt.

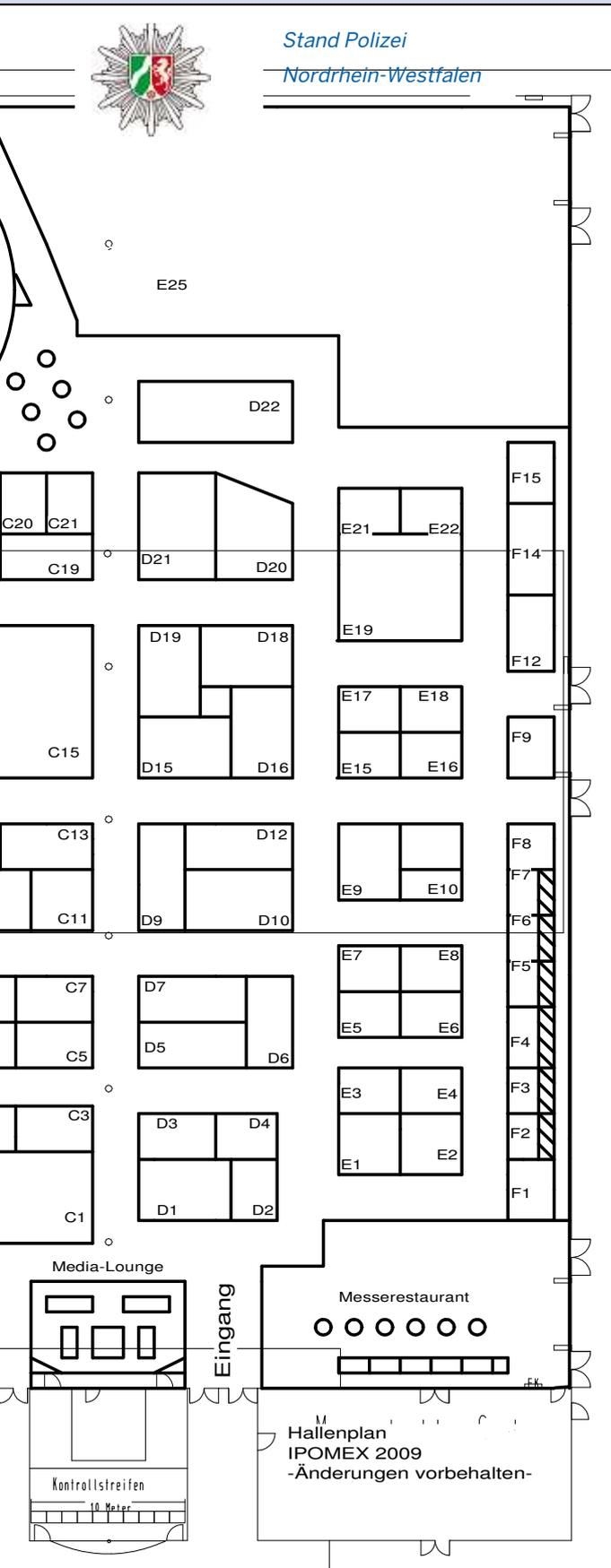
Der Fachbereich Verkehrssicherheit, Technik begleitet die Schwerpunktthematik „Qualitätsverbesserung in der Verkehrsunfallaufnahme“. Außerdem betreut der Fachbereich Aktionen im Foyer:

- Rettungssimulator
- Ausstellung des PP Bielefeld „Jeden kann es treffen“

Kreispolizeibehörde Warendorf

Die Kreispolizeibehörde Warendorf präsentiert ihre „Mobile Wache“.





Rahmenprogramm der IPOMEX 2009



Dieter Wehe

Podiumsdiskussion

Am Eröffnungstag wird gegen 11.50 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema „Bunte Leitstellen“ stattfinden. Teilnehmer sind der niedersächsische Landespolizeipräsident, Andreas Bruns, der Amtsleiter der Berufsfeuerwehr Münster, Benno Fritzen und Dieter Wehe, Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei.

Fachkonferenzen

- Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik (DGfK)
- 1. Münsteraner Workshop „Taktische Einsatzmedizin“ des LAFP Polizei NRW
- IT-Workshop für Spezialisten der Polizei
- Fachkonferenz Verkehrsunfallaufnahme des Polizeitechnischen Instituts (PTI)

Workshop Vergaberecht

Donnerstag, 2. 4. 2009, Referent: Dr. Jan Byok, Kanzlei Bird & Bird

Fachforen

- Digitalfunk
- Katastrophenschutz
- Zusammenarbeit der Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste
- Eigensicherung im Einsatz: Bekleidung und Ausrüstung
- Verkehrsunfallaufnahme und -analyse
- Neue Erkenntnisse aus der Tatortarbeit
- Sicherheit im öffentlichen Personenverkehr
- Videoüberwachungs- und Auswertetechnik
- Drogen- und Sprengstoffdetektion
- Zugangskontrollsysteme
- Action Center und Praxis-Vorfürhungen

Hallenbelegung

Informationen zur Standbelegung finden Sie unter www.ipomex.com

Neue Methoden der Be Digitale Spuren in

Die Bedeutung der Datenverarbeitung Fahrzeugsystemen für die



Foto: Neckenbürger, Arentz

Von Uwe Hofmann, LAFP und Martin Münchhausen, Innenministerium

Spätestens seit dem „Elchtest“ hat das gestiegene Verbraucherinteresse dafür gesorgt, dass komplexe elektronische Komponenten nicht mehr nur den hochpreisigen Fahrzeugen vorbehalten sind. In bis zu 80 Steuergeräten werden Daten verarbeitet, die zum Teil von hohem Nutzen für die Verkehrsunfallanalyse sein können. Der nachfolgende Artikel gibt einen Einblick über den Umfang der Datenverarbeitung und über Möglichkeiten, Daten für die Unfallrekonstruktion zu extrahieren.

Von der Polizei wird an der Unfallstelle qualitativ hochwertige Arbeit erwartet. Die Auswertung der Spurenlage am Unfallort wirft jedoch zunehmend Probleme auf, weil die bis vor einigen Jahren noch durchgängig auf der Fahrbahn sichtbaren „klassischen“ Unfallspuren zur Rekonstruktion des Unfallhergangs, z. B. Bremsspuren, kaum noch feststellbar sind. Solche Spuren werden heute durch größtenteils serienmäßige elektronische Systeme, wie ABS und ESP, weitgehend verhin-

dert. Damit sind für die Schuldfrage wesentliche Daten, wie die Fahrgeschwindigkeit vor einem Bremsmanöver, nicht mehr oder nur noch eingeschränkt verlässlich feststellbar. Selbst der Kollisionsort kann mit herkömmlichen Mitteln oftmals nicht mehr genau festgelegt werden. Schilderungen von Unfallbeteiligten und Zeugen am Unfallort differieren regelmäßig stark, sodass der Erhebung des objektiven Befundes nach wie vor entscheidende Bedeutung zukommt. Zur Nachrüstung erhält-

weisführung – Kraftfahrzeugen

in elektronischen Verkehrsunfallaufnahme

liche Unfalldatenspeicher, die unbeeinflussbare und gerichts-feste Daten liefern könnten, sind in der Regel nicht vorhanden.

Funktionsweise der Datenverarbeitung in modernen Fahrzeugen

Solche Unfalldatenspeicher sind jedoch nicht zwingend erforderlich, da die gewünschten Daten oftmals in der Fahrzeugelektronik vorhanden sind.

Der Aufbau elektronischer Systeme ist in allen Fahrzeugen prinzipiell gleich: Sensoren ermitteln die für die jeweilige Regelung relevanten Messwerte, die von den zuständigen Steuergeräten mit im System hinterlegten Sollwerten und weiteren vorhandenen Informationen abgeglichen und in Steuersignale an die entsprechenden Stellglieder umgesetzt werden.

Ein Beispiel: Bei einem Unfall entscheidet das Airbag-Sicherheitssystem in Sekundenbruchteilen, ob und ggfs. welche Sicherheitssysteme aktiviert werden müssen. Beim Frontcrash stehen 10 bis 40 Millisekunden zur Verfügung, um die erforderlichen Steuersignale zu geben, z. B. für die Automatische Blockierverhinderung (ABS), Eingriffe zur Stabilisierung des Fahr-

IPOMEX[®]

■ international
police meeting
and exhibition ■

Aktion auf der Messe

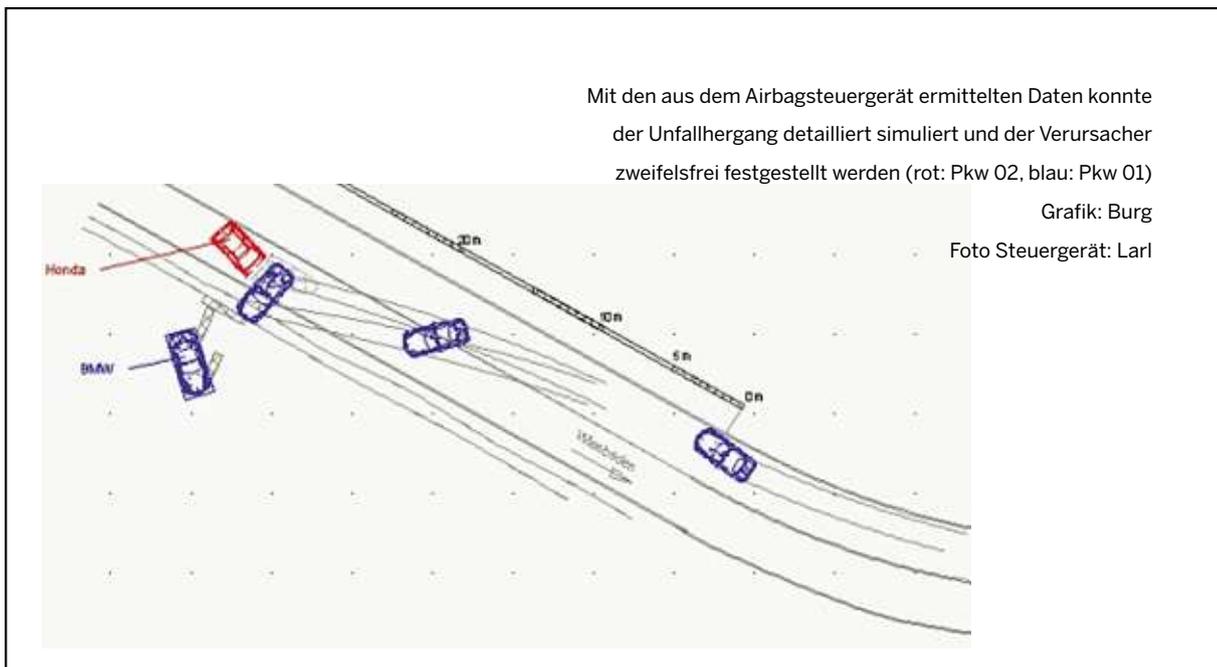
Im Rahmen der IPOMEX (Fachkongress „Verkehrsunfallaufnahme“ des PTI) findet am 2. April eine Vorführung der Beweissicherungstechnik an einem Unfallfahrzeug statt. Weitere Infos dazu am Messestand der Polizei E25.

Bei dem hier abgedruckten Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung. Den kompletten Beitrag finden Sie im Internet unter www.streifenonline.de



Airbagsteuergerät eines Pkw Toyota unter der Mittelkonsole.

Foto: Larl



zeugs (ESP), das Auslösen von Gurtstraffern und Airbags, die Batteriepolabsprengung, Unterbrechung der Kraftstoffzufuhr oder Aktivierung eines Notrufes über GSM unter Nutzung der Positionsdaten des Navigationsgerätes.

Die ermittelten Messwerte werden kontinuierlich an die zuständigen Steuergeräte weitergeleitet. Diese Daten werden bei fehlerfreier Funktion der Fahrzeugtechnik lediglich kurzfristig gespeichert und ständig überschrieben. Erst beim Auftreten eines „Ereignisses“, zum Beispiel einer unfallbedingten Fehlfunktion, wird dieser mit dem dazugehörigen Fehlercode abgespeichert. Damit sind digitale Spuren vorhanden, die im Einzelfall durchaus unfallursächliche Hinweise geben können. Sind derartige Daten nicht vorhanden, kann grundsätzlich von fehlerfreier Funktion der überwachten Fahrzeugtechnik ausgegangen und damit behaupteten Defekten begegnet werden.



Zugriff auf gespeicherte Daten

In der Europäischen Union besteht seit dem Jahr 2000 für Benzinfahrzeuge und seit 2003 für Dieselfahrzeuge eine einheitliche Schnittstelle namens EOBD (europäische On-Board Diagnose). Ursprünglich für die Abgasuntersuchung konzipiert, wird die Schnittstelle in Werkstätten zur Diagnose genutzt, da sie einen Einstieg in den Datenbus bietet.

Über einen Fehlerspeicher können Daten ausgelesen werden, die zum Teil eindeutige Aussagen zum Unfallhergang zulassen. Welche Daten mit Unfallrelevanz in welchen Fahrzeugen zu erwarten sind, lässt sich nicht abschließend beantworten. Dies liegt an der Weiterentwicklung elektronischer Bauteile und daran, dass Fahrzeughersteller in der Regel nur zurückhaltend Auskunft geben. Dass es auch anders geht, zeigt

die Informationspolitik eines schwedischen Herstellers. Dazu ein Auszug aus der Betriebsanleitung: „In Ihrem Pkw befinden sich mehrere Computer, die detaillierte Daten aufzeichnen können. Diese Daten werden zu Forschungszwecken für die Verbesserung der Sicherheit ... verwendet und können Angaben zur Benutzung des Sicherheitsgurts durch Fahrer und Beifahrer ... enthalten. ... Diese Daten können Informationen bzgl. der Fahrweise des Fahrers umfassen. Hierbei sind ggf. Angaben zu Fahrzeuggeschwindigkeit, Benutzung des Brems- oder Gaspedals oder Lenkradeinschlag enthalten. ... Die zuletzt genannten Daten können für einen begrenzten Zeitraum während der Fahrt, bei einem Aufprall oder bei einem Beinaheunfall gespeichert werden Im Übrigen kann die Information ... von autorisierten Werk-

stätten auslesen werden.“ Die durch den Hersteller exemplarisch aufgelisteten Daten sind zwar nicht abschließend, entsprechen jedoch dem Datenumfang, der nach einem schwerwiegenden Verkehrsunfall in den Airbag-Steuergeräten aller Fahrzeughersteller zu erwarten ist. Das Airbag-Steuergerät dient in erster Linie dem Schutz der Insassen bei einem Unfall. Es ist das einzige Steuergerät, das eigens für Verkehrsunfälle konzipiert wurde. In diesem Gerät laufen nahezu alle wesentlichen Parameter der Fahrdynamik zusammen und damit alle Daten, die die Rekonstruktion eines Verkehrsunfalls ermöglichen können. Das Auslesen der Daten kann über die EOBD-Schnittstelle oder direkt am Steuergerät erfolgen, das in aller Regel unter der Mittelkonsole mit drei Schrauben befestigt ist. Im

Regelfall wird ein Auslesen und Auswerten derzeit nur über den Fahrzeughersteller oder den Steuergerätehersteller möglich sein. Zum Auslesen des Datenbusses wird ein herstellerspezifisches Diagnosegerät verwendet, wie man es von Werkstattaufenthalt kennt. Daneben sind am Markt universelle, oftmals transportable Geräte erhältlich, über die bereits einige Sachverständige verfügen.

Praktische Beispiele

Zur Nutzung digitaler Spuren aus Kraftfahrzeugen gibt es zahlreiche Beispiele, von denen einige nachfolgend dargestellt werden:
Ein Pkw der gehobenen Mittelklasse kollidiert im Begegnungsverkehr. Der Unfallhergang kann aufgrund der Spurenlage vor Ort nicht ab-



Thomas Klöpfer
TKBO

Ihr Fachhändler für Polizei, Justiz, Feuerwehr,
THW und Ordnungsbehörde

TKBO
Ausrüstungen
Karl-Friedrich-
Strasse 24
44799 Bochum

Telefon:
0234 / 9409680
Fax:
0234 / 9409550



Einsatztasche
58,- € inkl. MwSt



**Universal
Funkgerätehalter**
14,50,- € inkl. MwSt



Strickjacke moosgrün
46,50,- € inkl. MwSt



Starforce Mirage
65,- € inkl. MwSt



**Durchsuchungshandschuhe
mit Kevlaer**
40,- € inkl. MwSt



Handschellenschnellverschluss
9,- € inkl. MwSt

viele Uniformteile
auch schon in
blau erhältlich

Unser Gesamtlieferprogramm und ständige Angebote finden Sie unter www.tkbo.de

Nicht immer lässt sich ein Unfallhergang auf den ersten Blick erschließen. Die Auswertung von gespeicherten Fahrzeugdaten hilft beweissicher.
Foto: Jungmann



schließlich bewertet werden. Im Auftrag der Staatsanwaltschaft wurden vom bearbeitenden Sachverständigen in Zusammenarbeit mit dem Fahrzeughersteller folgende Informationen, trotz der erheblichen Beschädigungen, aus dem Wrack ausgelesen:

1. Daten ESP-Steuergerät (Elektronisches Stabilitätsprogramm):

- Auslösung Bremsassistent bei 83 km/h,
- Regelbeginn ABS bei 82 km/h,
- zusätzliche ESP-Regelung bei 75 km/h (aufgrund Ausweichlenkung)

2. Daten SBC-Steuergerät (Sensoric Brake Control = Bremsensteuergerät):

- Defekt Drehzahlgeber am Rad vorne links bei 46 km/h – Bauteilzerstörung infolge des Anpralls.

Mithilfe dieser von den Steuergeräten festgehaltenen Daten konnte

somit die Ausgangs- (83 km/h) und Kollisionsgeschwindigkeit (46 km/h) und letztlich auch der genaue Unfallhergang ermittelt werden. Ein vom Unfallverursacher angegebener technischer Defekt als Unfallursache konnte zweifelsfrei ausgeschlossen werden.

Zwei Pkw kollidierten im Begegnungsverkehr auf regennasser Landstraße (siehe nebenstehendes Foto). Der Pkw 01 wurde auf der rechten Fahrzeugseite, der Pkw 02 im Frontbereich stark beschädigt. Auf der regennassen Fahrbahn waren so gut wie keine Spuren mit Ausnahme eines größeren Splitterfeldes erkennbar.

Der Pkw 01 wurde technisch untersucht und die Fahrzeugelektronik in einer Fachwerkstatt ausgewertet. Die elektronische Diagnose ergab einen Fehlereintrag im ESP-Steuergerät für den Drehzahlfühler hinten

rechts, der sich im Bereich des beschädigten Rades (Hauptanstoßstelle) befand. Der Fehler trat bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h, bei einer aktiven ESP-Regelung und bei nicht betätigter Bremse auf.

Auch hier gab das ESP-Steuergerät mit den ausgelesenen Daten die entscheidenden Hinweise, auf deren Basis der bislang unbekanntere Unfallhergang beweissicher nachvollzogen werden konnte.

Rechtliche Bewertung

Zu den Aufgaben der Polizei bei Verkehrsunfällen gehört die Aufnahme des objektiven und subjektiven Unfallbefundes. Ziel ist u. a. die notwendige Beweissicherung für ein mögliches Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren. Eine sichergestellte Lackspur zum Nachweis

eines Kontaktes zweier Fahrzeuge bei deren Kollision kann hierzu ebenso dienen, wie die Sicherstellung des Fahrzeugs mit den darin befindlichen Datenträgern. Die oben genannten Beispiele zeigen die Möglichkeiten einer Rekonstruktion des Unfallgeschehens auf diesem Wege auf, die herkömmliche Spurensicherung wird hierdurch aber nicht ersetzt.

Die Polizei wird bei der Aufnahme des Unfallbefundes am Unfallort in der Regel technisch nicht in der Lage sein, beweissicher die entsprechenden Daten auszulesen bzw. Fahrzeug und Datenträger zu separieren. Nach § 94 StPO kann es daher erforderlich werden, das Fahrzeug als Beweismittel sicherzustellen. Bezüglich der Anordnung ist § 98 StPO unter Hinweis auf die in der Rechtspraxis gestiegene Anforderung an die Begründung einer Gefahr im Verzuge zu beachten. Bei der rechtlichen Prüfung vor Ort, durch die Staatsanwaltschaft oder den Richter wird selbstverständlich auch die Frage der Verhältnismäßigkeit einer Sicherstellung des Fahr-

zeugs zu prüfen sein. Dabei sind alle relevanten Gesichtspunkte des Einzelfalls zu berücksichtigen, weshalb sich pauschale Aussagen hierzu verbieten.

Die gutachterliche Auswertung der Datenträger erfolgt als anschließender Schritt der Ermittlungsarbeit und erfordert die Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft. Neben der Aufnahme von Verkehrsunfällen sind auch Sachverhalte im Tätigkeitsbereich der Verkehrsüberwachung denkbar, bei denen die Daten im Fahrzeug als Beweismittel bedeutsam sein können. Das Fahrverhalten von Verkehrsteilnehmern kann neben der Begehung von Verkehrsordnungswidrigkeiten auch den Verdacht einer Straftat z. B. nach § 315 c StGB begründen. In solchen Fällen ist auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit eine Sicherstellung des Fahrzeuges nicht ausgeschlossen, insbesondere, wenn bei behaupteten technischen Defekten eine Beweisführung durch Beweismittelträger im Fahrzeug Erfolg versprechend erscheint.

Schlussbetrachtung

Mit zunehmender Verbreitung elektronischer Komponenten in modernen Fahrzeugen werden immer mehr Daten in den Systemen abgespeichert. Ein Teil der Informationen ist für den Fahrer bestimmt (Fahrerinformationssysteme), ein anderer für Kontrollberechtigte (Lenk- und Ruhezeiten). Die Daten werden primär für die Fahrzeugdiagnose und die Emissionskontrolle gespeichert. Sie lassen sich unter Beachtung der rechtlichen Voraussetzungen jedoch auch zu anderen Zwecken nutzen. Gerade für die Analyse schwerer Verkehrsunfälle ist das bedeutsam. Den größten Erfolg verspricht hierbei derzeit die Auswertung von Crashdaten aus den Airbag-Steuergeräten. Wegen der Bedeutung der Spurensicherung bei der Aufnahme des Unfallbefundes wird die beschriebene Thematik in den Fortbildungsveranstaltungen des LAFP NRW zur Verkehrsunfallaufnahme bereits berücksichtigt.

www.fahrzeugkauf.com

Neuwagen – Jahreswagen –
Gebrauchtwagen

Enorm günstig!

Ihr Ansprechpartner:
Kollege Thomas Brockhaus

☎ (0 22 07) 76 77



Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

Festzins 12 Jahre 5,50%, effekt. Jahreszins 5,88%

Beispiel: 30jährige Beamtin, Festzins 6,13%,
Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,49%.
35.000 € = monatlich 394,35 € inkl. Lebensvers.
60.000 € = monatlich 532,15 € inkl. Lebensvers.

NEU: Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei

Fax-Nummer: 0 51 30 / 79 03 95

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark

E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

www.beamtendarlehen-center.de

Trauminsel Mauritius

für Kollegen, kleine familiäre Appartement- und
Bungalowanlage direkt am Strand. Infos unter
www.mauritius-traumvilla.de

Tel. 0 21 58 / 40 08 05, Fax 0 21 58 / 40 46 71

Ab € 32 pro Person/Tag/inkl. Halbpension

Polizeimeisterschaften auf der Piste

„Polizeibeamte aus ganz NRW gingen auf dem ‚Hesselbacher Gletscher‘ an den Start.“

Fotos: *Benedikt Bernshausen*



Die Rheinländer dominierten die offene Meisterschaft „Ski Alpin“ der Kreispolizeibehörde Siegen-Wittgenstein am „Hesselbacher Gletscher“. Polizisten aus ganz Nordrhein-Westfalen gingen an den Start.

Zum 10. Mal bereits veranstaltete die heimische Kreispolizeibehörde die Meisterschaften im Wittgensteiner Land und sorgte damit nach zwei Ausfalljahren aufgrund „schlechter“ Winter für die Fortsetzung einer hochkarätigen Sportveranstaltung mit Kultcharakter. Rund 130 Polizeibeamte des ganzen Landes bereicherten den schönen Wettkampf mit ihrer Teilnahme. Die meisten von ihnen sind „Wiederholungstäter“, erklärte Polizeihauptkommissar Bernd Dickel von der ausrichtenden Bad Berleburger Polizeiwache.

„Wenn es stattfindet, dann sind wir mit dabei“, bestätigt ein Beamter aus Köln. Früher hatten im Alpinski richtige Polizeimeisterschaften stattgefunden, erläuterte Dickel. Seit den frühen 1980er Jahren begaben sich die Rennläufer auf den Riesenslalomparcours und ermitteln am Hesselbacher Bohnstein ihre Landesmeister.

Heute jedoch gehöre der alpine Wintersport, im Gegensatz zu den Ausdauersportarten, nicht mehr zum Polizeisportprogramm. Mit der weiteren Durchführung dieser Veranstaltung als Hobby- und Freizeitwettbewerb hat man jedoch eine gute Tradition bewahrt.

Zwei Wertungsläufe standen auf dem Tagesprogramm. Dabei galt es am Vormittag durch eine gute Platzierung das Ticket für Durchlauf zwei zu ergattern, in dem nur noch



V. l. n. r.: Franz-Josef Hahmann (LR Siegen), Daniel Vorderbrügge (LR Mettmann), Toni Pfützner (Bundespolizei (LR Siegen)).

die Läufer mit den besten Platzierungen im Ringen um Pokale und Medaillen wetteiferten. Am erfolgreichsten präsentierten sich dabei die Beamten aus dem Rheinland. Mit Tagesbestzeit errang Daniel Vorderbrügge (PP Düsseldorf) den Triumph in der Herrenklasse und bei

Bergischer Präsident Werries kehrt nach Düsseldorf zurück



Der Tages-
schnellste:
Daniel Vorder-
brüggen
(PP Düsseldorf)
56,12 Sekunden.



...Vorderbrügge (PP Düsseldorf) Mortiz Brede-
...zei), Yvonne Becker (PP Köln) und Bernd Dickel,

den Damen Yvonne Becker (PP Köln). In der Gästeklasse siegte Bundespolizist Toni Pfütznert. Doch nicht nur auf Skiern, sondern auch auf dem Snowboard ging es bergab. Es siegten Janina Grahe (PP Köln) und Moritz Bredekamp (LR Mettmann).
Benedikt Bernshausen



Innenminister
Dr. Ingo Wolf mit
seinem neuen
Abteilungsleiter
Personal:
Joachim Werries.
Foto: PP Wuppertal

Düsseldorf war immer schon ein Teil des Bergischen Landes. Erhielt doch das rheinische Dorf durch den Grafen von Berg dereinst die Stadtrechte zugesprochen (1288) und diente später den Herzögen von Berg als Residenz des Bergischen Landes (1385 bis 1815). Jetzt holt sich das Innenministerium Nordrhein-Westfalen einen der erfolgreichsten Bergischen Präsidenten als Abteilungsleiter nach Düsseldorf in sein Haus zurück.

Joachim Werries leitete vom 1. Februar 2001 bis zum 31. Januar 2009 die Geschicke der Polizei in Wuppertal, Remscheid und Solingen. Insgesamt so erfolgreich, dass ihm der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal, Peter Jung, im Namen seiner Bergischen Amtskollegen den Titel „Bergischer Präsident“ verlieh.
Klaus Theissen, PP Wuppertal

Tauschgesuche

PK'in aus Hessen sucht zwecks Familienzusammenführung dringend einen Tauschpartner aus NRW. Kontakt unter 01 51/11 61 27 18 oder carolin311281@aol.com

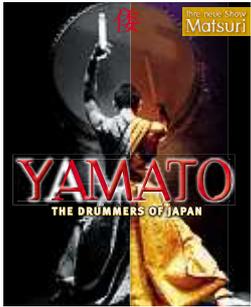
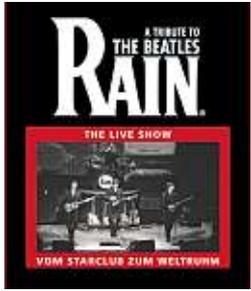
Kollegin vom BKA sucht aus persönlichen Gründen Tauschpartner aus NRW, Besoldungsgruppe A 9, sowohl Schutz- als auch Kriminalpolizei möglich. Versetzungsgesuch wurde bereits gestellt.

Kontakt: 01 71/1 57 62 39

Preisrätsel

Zierspange		Kälteprodukt	Atomreaktor	hohe Spielkarte	span. Artikel	akrobatischer westind. Tanz	Wildpflieger	
Kunstwerk, Bild								
Traubensorte				1				
					Außerirdischer (engl.)		erhöhter Fußbodenteil	
Grundlage		Tadel, Verweis		Wort des Einwandes				
unentgeltl. Lotterieschein						7	Gebäude z. Güteraufbewahrung	
Währungscode für Euro		9		Gebiet südlich der Sahara		Zeichen für Thallium	11	
Orientteppich	Sehnsucht nach der Fremde		portugiesisch: Bergkette					
					14	Greifvogel, Habichtartiger		
			Singvogel			Abk.: mobile Datenerfassung		
Segelkommando		Handwerk, Beruf				12		
					Zauberkunst		frühere landwirtsch. Gehilfin	2
Fischfanggerät	4	sich täuschen		Mutter/Kose-name				
Bob-, Rodelbahn				10				
		6		Blüengewächs		Internet-Abk.: Good Luck		
Moralbegriff	Zirkuskünstler		Schutz für Wunden				8	
runde Stütze (Baukunst)			Ärmelaufschlag		Firmen-, Marken-, Druckerzeichen	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ? R ? ? S ? ? ? ? ? A R T I S T I N ? E I ? M A R N E ? D E B E T ? B ? ? E T ? N ? B U S ? R ? P O D E S T T W A I N ? B ? E ? E ? S ? Y E T I E R S T A U N E N A K T E ? K ? A ? ? ? A ? S O M M E ? A R M A N I ? R P U R ? T ? S T R ? F ? S A R T R E A L S E N ? E E G ? A ? N ? G L U T ? G L A C E Z E I T ? L ? ? T ? P E ? R A C H E ? U U ? Y ? ? F E R S E H E R E I N ? N ? N S T		
Amtsbezirk eines Vogtes		schriftl. Botschaft per Handy (Abk.)						
		3						
Luftfahrzeug		span. Mehrzahlartikel		Kose-name d. Großvaters			13	
				5				
Teilstrecke eines Radrennens	von genannter Zeit an				sl0924.6-68			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----



Kölner Sommerfestival 2009

Gewinnen Sie mit der Streife 2x2 Tickets für die Preview von Bale de Rua

Im kommenden Sommer bringt das Kölner Sommerfestival zum 22. Mal ein hochkarätiges, internationales Programm von Tanz-, Musik- und Showproduktionen nach Köln, die ebenso vielfarbig wie überraschend sind. Entdecken Sie diese Vielfalt!

BALE DE RUA – The Beats from Brazil

Ein strahlendes, vielschichtiges Abbild Brasiliens und seiner Geschichte: farbenprächtig, kraftvoll, bewegend und authentisch. Eine urbane Fusion von Tanz und Percussion, von Hip-Hop, Samba und Capoeira bis hin zu den afrikanischen Wurzeln Brasiliens.

RAIN – A Tribute to the Beatles

Vom Starclub zum Weltruhm – das beste Erlebnis nach den Beatles! Eine Magical Mystery Tour durch die Beatles Ära mit den Songs der Fab-Four.

YAMATO - Matsuri

Archaische Kraft, meditative Präzision und vielschichtige Rhythmen: Yamato – The Drummers of Japan dringen mit ihrer brandneuen Show Matsuri vor bis zur Seele des Klangs.

Leser der Streife profitieren zusätzlich von 20% Ermäßigung an ausgewählten Terminen. Buchung der ermäßigten Karten unter Angabe der Kennziffer „18263“ bei der Telefon-Hotline 02 11–7 34 40. Jetzt noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail mit vollständiger Privatadresse bis zum 10. 4. 2009 einsenden an:

Innenministerium NRW
Redaktion „Streifen“
Kennwort: Bale de Rua
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

In der nächsten Ausgabe



JUKOBS beim PP Bonn – ein landesweit vorbildliches Konzept

Die Bonner Polizei setzt auf Jugendkontaktbeamte, um kriminelle Karrieren von Jugendlichen abzuwenden. Das landesweit vorbildliche Konzept zur Bekämpfung der Jugendkriminalität zeigt Erfolge: Im zweiten Halbjahr 2008 sind in Bonn-Tannenbusch die Straftaten im Bereich der Straßenkriminalität (Raubdelikte und Autoaufbrüche) erstmals seit Jahren zurückgegangen. Die Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Partnern von Stadt und Justiz sowie die intensive Jugendarbeit vor Ort waren für den Erfolg entscheidend. Die Redaktion Streife hat die beiden JUKOBS Ralf Jehring und Michael Hartmann interviewt.



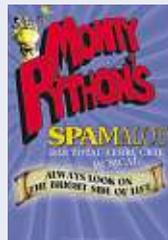
Das Innenministerium im Dialog mit den Polizeibehörden

Regelmäßige Kontakte mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes sind für die Polizeiabteilung im Innenministerium ein Schwerpunkt ihrer Aufgaben. Dialogveranstaltungen bieten die Chancen für direkte Gespräche. Seit 2002 gibt es diese bewährte Art der Kommunikation.

Bisher wurden 43 Polizeibehörden besucht. Die derzeitige Besuchsreihe läuft noch bis September 2009. Zeit ein Fazit zu ziehen. Die Redaktion Streife führt hierzu ein Interview mit Mindgt Carl Heinrich von Bauer, Abteilungsleiter 4 (Polizei) im Innenministerium.

Rätselgewinner

Herzlichen Glückwunsch Herr Michael Hufnagel aus Iserlohn und Herr Thomas Groß-Hohnacker aus Dortmund. Sie haben jeweils 2 Eintrittskarten für das Minty Python Spamlot Musical im Kölner Musical Dome gewonnen. Die Redaktion Streife wünscht Ihnen viel Spaß bei der Auf-führung.



Redaktionsschluss für die Maiausgabe ist der 17. April 2009

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Verantwortlich: Ludger Harmeier, Leiter
des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Redaktion: Ralf Hövelmann, Marion Henkel
Bettina Niewind

Anschrift der Redaktion:
Innenministerium NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion „Streife“
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (02 11) 8 71-23 66,
Fax (02 11) 8 71-23 44
CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife-online.de
E-Mail: streife@im.nrw.de

Verlag, Herstellung und Anzeigen:
VVA Kommunikation GmbH,
www.vv.de
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,
Telefon (02 11) 73 57-0,
Telefax (02 11) 73 57-507.

Anzeigenverkauf: Petra Hannen
Tel. (02 11) 73 57-6 33,
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

Bezugsbestimmungen:
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).



Unsere Angebote sind heilsam!

Wechseln Sie jetzt zur
HUK-COBURG-Krankenversicherung



Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

Das beste Rezept:

- Besonders günstige Beiträge (z.B. nur 140,02 € im Monat*)
- Attraktive Beitragsrückerstattungen
- EURO Finanzen, Ausgabe 10.2008: »Testsieger im Preis-Leistungs-Rating«

*für einen 30-Jährigen bei 50% Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

Lassen Sie sich gut beraten:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Der schnelle Rat: Telefon 09561 96-98239
Telefax 09561 96-3611



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig